

Ludwig Elm

1914 – 1932/33 – 1949

Parteien in Bündnissen der deutschen Rechten

Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V.

TEXTE & ARGUMENTE

Jena, 2014

Inhalt

Vorbemerkungen	S. 3
„Viel Feind’ – viel Ehr’“. Bürgerliche Parteien im Ersten Weltkrieg	S. 7
Die Göring-Mehrheit im Deutschen Reichstag 1932/33. Eine Demokratie schafft sich ab. Zur Rolle der bürgerlichen Parteien	S. 18
Mitte-Rechts-Regierung im September 1949 in Bonn. Schlussstrichpolitik und antikommunistische Kontinuität	S. 31

Vorbemerkungen

Das Jahr 2014 steht geschichtspolitisch und weithin auch kulturell im Zeichen der Rückblicke, Analysen und vielfältiger Besinnung anlässlich des 100. Jahrestages des Beginns des Ersten Weltkrieges. Angesichts der weltgeschichtlichen Dimensionen sowie der Aus- und Nachwirkungen der Kämpfe, Opfer und Resultate der Jahre 1914 bis 1918 kommt häufig das gesamte letzte Jahrhundert in den Blick. Die folgenden drei Beiträge sind seit 2012 entstanden und wurden bereits an verschiedenen Stellen veröffentlicht. Sie werden hier – geringfügig redigiert – in ihrem eigenen historisch-politischen Zusammenhang episodenhaft und zugleich exemplarisch für Kontinuitäten und Wirkungen seit 1914 bis heute und in die nächste Zukunft wiedergegeben.

Das grundlegende durchgängige Moment, die entscheidende Gemeinsamkeit, ist die konservative Grundströmung, die im Scheitern der Revolution von 1848/49 ihren Ausgang nahm und für die Ausgestaltung und den Weg des Deutschen Reiches seit 1871 bestimmend wurde. Die in ihr konstitutiv angelegte sowie von inneren und äußeren Faktoren abhängige, potentielle Rechtsradikalisierung wuchs ideell-politisch seit den 1880er Jahren heran: Mit preußisch-militaristischem Ungeist, imperialem Begehren, völkischer Deutschtümelei, Antisozialismus und Antisemitismus. Sie setzte sich ab Sommer 1914, erneut in der Nachkriegs- und der Weltwirtschaftskrise, schließlich total in Gestalt des deutschen Verbrecherstaates ab Anfang 1933 und auf dem Weg in den Zweiten Weltkrieg durch. Wie bei vergleichbaren Gelegenheiten erfuhre die Öffentlichkeit dieses Landes und darüber hinaus anlässlich der 80. Jahrestage der Geschehnisse von 1932/33 aus der riesigen Medienlandschaft nichts Nennenswertes über das Verhalten der damaligen Vorgängerparteien von CDU, CSU und FDP und die tatsächlichen Vorgänge in den drei kurzen Wahlperioden des Deutschen Reichstages im Entscheidungsjahr zwischen Juli 1932 und Juli 1933.

Die deutsche Rechte war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts international Haupt- und Wiederholungstäter von massenhaften und schwersten Verbrechen gegen die Menschheit. Sowohl die Bilanz dieses Weges als auch eine radikal veränderte Welt nach 1945 ließen einen weiteren, vergleichbaren Amoklauf oder auch nur einen ernsthaften Versuch dazu nicht mehr zu. Zugleich weisen der Grad langjähriger Verdrängung des bis Mai 1945, zuvor unvorstellbarem, Geschehenen sowie der Fragen nach Verantwortung und Schuld, aber auch Missachtung von Opfern und Widerstand, die Gründungs- und Frühgeschichte der Bundesrepublik weithin als Fortsetzung der unheilvollen Koalitionen der verschiedenen Richtungen und Gruppierungen der deutschen Rechten seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert aus. Hinter dem wiederholten Wechsel der Herrschaftsformen in den Zäsuren von 1918/19, 1933 und

1948/49 verbargen sich stets fundamentale sozioökonomische, personelle und ideologisch-kulturelle Kontinuitäten, die offen aufschienen oder verdeckt wirkten und bis in die Gegenwart reichen.

Karl Jaspers umschrieb 1966 dieses historisch-politische Phänomen knapp in folgender Weise: „Im Ersten Weltkrieg bildeten sich eine ‚Vaterlandspartei‘ und eine ‚Freiheitspartei‘. Die Vaterlandspartei siegte, verhinderte alle Möglichkeit, rechtzeitig zu einem Frieden (als ‚Verzichtsfrieden‘ beschimpft) zu kommen und führte in die große Niederlage. In der Weimarer Zeit wuchs der Geist der Vaterlandspartei, nachdem im Sinne der Freiheitspartei der Versuch eines neuen Staats gemacht war, zur Staatsfeindschaft und trieb in den Nationalsozialismus Hitlers. In der Bundesrepublik siegt die Vaterlandspartei fast unmerklich, indem sie den Staat selber umbildet.“¹

Die Besonderheiten von **1914** waren die Machtposition und Schlüsselrolle der militaristischen Kräfte, angeführt von der Monarchie und Generalität, dem Preußen- und Junkertum sowie schwerindustriellen Kreisen. Um sie und hinter ihnen schlossen sich Parteien, Verbände und Gruppierungen der Wirtschaft, Verwaltung und Justiz, jedoch auch die überwiegende Mehrzahl der Wissenschaftler, Lehrer, Journalisten und Schriftsteller sowie Geistliche für den Sieg der *deutschen Waffen*, für Annexionen und Machtgewinn, zusammen. Der jahrzehntelange preußisch-deutsche Kriegs- und Soldatenkult, Antirepublikanismus und deutschvölkische Biederkeit trugen ihre vergifteten Früchte.

1932/33 ist der terroristisch-menschenfeindliche Flügel der deutschen Rechten – die faschistische Bewegung – im Ergebnis einer längeren Vorgeschichte sowie unter den Bedingungen einer akuten Krise von Gesellschaft, Wirtschaft und politischem System in eine exklusive Position gelangt. Sie gründet sich auf Wählerstimmen, verfügbares Droh- und Gewaltpotential, alltäglichen Terror, maßlose Demagogie und Hetze sowie wachsenden Rückhalt bei wirtschaftlich und politisch Mächtigen. Die Rechtsentwicklung und Desorientierung der anderen bürgerlichen Parteien, meist verbunden mit akutem Mitglieder- und Wählerschwund, eröffnete der äußersten Rechten neue und bald realisierte Chancen. Der das bürgerliche Lager einende rabiate Antikommunismus illiberaler Prägung, die nationalistische Grundstimmung und ein ausgrenzender und entrechtender Antisemitismus – unterstützt oder hingenommen von großen Bevölkerungs- und Wählergruppen – begünstigen das sich entfaltende Verhängnis.

Die Gründung und Konstituierung der Bundesrepublik wird ab Sommer **1949** in ihrer gesellschaftlichen Substanz sowie realen politisch-programmatischen Orientierung – also ihrer Verfassungswirklichkeit – ent-

1 Karl Jaspers: *Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen – Gefahren - Chancen*, München 1966, S.155

scheidend nicht vom Grundgesetz und einem gesellschaftlichem Neubeginn, sondern von den restaurativen Erbschaften, Kräfteverhältnissen und Grundtendenzen bestimmt. Die Chance der gesamten Rechten – die Täter des opferreich niedergeworfenen Verbrecherstaates eingeschlossen – wird führend von den in geringerem Maße diskreditierten, flexibleren konservativen Kräften wahrgenommen, die sich unter den gegebenen Umständen sowie selbst in einer akuten geistig-kulturellen Identitätskrise befindlich, als christlich, europäisch und sozial inszenieren. Die bürgerliche Restauration umfasst weitreichende sozio-ökonomische, personelle und politisch-ideologische Kontinuitäten in allen Bereichen und auf allen Ebenen der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Dieser Weg konnte nur um den Preis einer weitgehenden Verdrängung der jüngsten Vergangenheit – der Verbrechen, der Schuldfrage und Sühne sowie der legitimen Ansprüche der riesigen Opfergruppen – beschränkt und schließlich durchgesetzt werden.

Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag hatte im Dezember 2010 eine Große Anfrage an die Bundesregierung zum Umgang mit der NS-Vergangenheit ab 1949 gerichtet (Drucksache 17/4126). Die umfangreiche sowie weithin informative Antwort der Bundesregierung erschien im Dezember 2011 (Drucksache 17/8134). Beispielsweise ließ sich daraus ableiten, dass dem Kabinett unter Kanzler Ludwig Erhard ab 1963 neben einem Vizekanzler, der Berufsoffizier der Wehrmacht im Vernichtungskrieg im Osten war, acht Bundesminister aus CDU, CSU und FDP angehörten, die der vom Nürnberger Internationalen Tribunal für verbrecherisch erklärten NSDAP – teilweise seit 1933 – angehört hatten. Es war jene Regierung, die im Herbst 1964 beschloss und danach das Ziel anstrebte, am 9. Mai 1965 für sämtliche NS- und Kriegsverbrechen Verjährung eintreten zu lassen. Das Vorhaben war gegen innere und insbesondere auch internationale Ablehnung und Widerstände nicht mehr durchzusetzen – im Unterschied zu der Verjährung von Totschlag am 9. Mai 1960, mit der nach bundesdeutscher Rechtsauslegung bereits zahlreiche Morde erfasst wurden und schwerbelastete Täter auf Dauer von Verfolgung und Strafe verschont blieben. Die Große Anfrage und die Antwort der Regierung wurden am 8. November 2012 im Bundestag erörtert und dazu Beschlüsse gefasst. Die geringe Beteiligung der Koalitionsparteien sowie das symptomatische Verhalten, dass sie zu diesem Schlüsselthema deutscher und europäischer Nachkriegsgeschichte inkompetente Hinterbänkler als Redner nominiert hatten, führten – wie beabsichtigt – zu einer minimalen medialen Aufmerksamkeit.² Im Gegensatz zu unablässig und lärmend aufbereiteten, zu gewissen Themen ständig wiederkehrenden Beiträgen zur Kritik und Herabsetzung der

2 L. Elm: Der Umgang mit der NS-Vergangenheit. CDU, CSU und FDP verweigern weiterhin Selbstkritik und Aufklärung, in: Marxistische Blätter, 1-2013, S. 31-38

DDR war in diesem Fall wie bei vergleichbaren weiteren, problematischen und kritikwürdigen Vorgängen und Sachverhalten der bundesdeutschen Geschichte seither kein Bemühen von Politik, Medien und politischer Bildung erkennbar, andauernde Versäumnisse und Defizite nachzutragen und einer breiten Öffentlichkeit eindringlich und nachhaltig zu vermitteln.

Tatsächlich begründeten die Weichenstellungen ab September 1949 eine konstitutive Unfreiheit der frühen bundesdeutschen Gesellschaft und politischen Ordnung. Es ist bezeichnend, dass nach den restaurativen Grundentscheidungen von 1948/49 der beginnende wirtschaftliche Aufschwung, der 17. Juni 1953 in der DDR und der Gewinn der Fußballweltmeisterschaft 1954 für das Selbstbewusstsein der Herrschenden wie der bundesdeutschen Mehrheitsgesellschaft eine ungleich größere Bedeutung erlangten als die Erwartungen von Widerstand und Emigration, der 8. Mai 1945 sowie die antifaschistischen und demokratischen Intentionen des Grundgesetzes. Das diskreditierte nationalistische Pathos musste zurückgenommen werden und die identitätsstiftende Funktion des Antikommunismus erlangte – kompatibel zur Konstellation der deutschen Spaltung und der weltweiten Konfrontation der Machtblöcke – eine politisch-ideologische Schlüsselrolle. Mangels wirklicher Erneuerungsprozesse sowie alternativer Gesellschaftskonzepte und Zukunftsperspektiven überdauerten diese Befindlichkeiten und Orientierungen auch die Zäsur von 1989/90. Sie werden seither überlagert vom unablässig geschürten und antisozialistisch instrumentalisierbaren Siegestaumel der national, europäisch und global vorherrschenden kapitalistischen Ordnung und der von ihr geprägten Sinnggebung und Handhabung von *Einigkeit und Recht und Freiheit*.

Ludwig Elm

„Viel Feind’ – viel Ehr’“ Bürgerliche Parteien im Ersten Weltkrieg

„Ohne aufs Einzelne einzugehen, ist es doch klar, dass es ein wenig kindisch wäre, Deutschland alles Unrecht zuzuschieben und zu behaupten, ganz Deutschland sei vor dem Kriege kriegerisch und ganz Frankreich sei friedfertig gewesen. Kriegslüsterne und friedfertige Elemente gab es in Wirklichkeit auf beiden Seiten; doch in Deutschland waren die militaristischen Elemente in der Führung und allmächtig, und dieser Standpunkt war für das übrige ausschlaggebend.“

Henri Barbusse: Frontnotizbuch II, um 1915¹

Von Gruppierungen und Fraktionen in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 ausgehend, hatte sich bis zur Reichsgründung 1871 und danach ein stabiles Parteiensystem entwickelt. In dem im Januar 1912 gewählten 13. und letzten Reichstag des Kaiserreichs waren sie von rechts nach links in folgender Stärke – (Mandate/% der gültigen Stimmen) – vertreten: Deutschkonservative Partei (43/9,2); Reichs- und freikonservative Partei (14/3,0); Nationalliberale Partei (54/13,6); Zentrum (91/16,4); Fortschrittliche Volkspartei (42/12,3); Sozialdemokratische Partei (110/34,8). Auf ethnische bzw. regionale Gruppierungen – Polen, Welfen, Elsaß-Lothringer, Dänen – entfielen weitere 52 Mandate (10,6 %). Erstmals bildete die SPD die stärkste Fraktion; die heterogene Rechte behielt jedoch die Mehrheit der 397 Abgeordneten.

Die bestimmenden politisch-ideologischen Grundprozesse seit 1871 waren in dialektischer Wechselwirkung der weitere Niedergang und Verfall des Liberalismus sowie die sich festigende Vorherrschaft konservativer Ideen, Normen und Leitbilder. Diese wurden seit den 1880er Jahren von völkisch-deutschnationalen, preußisch-militaristischen, rassistisch-antisemitischen und imperialen Vorstellungen und Zielen durchdrungen und zunehmend dominiert. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 und angesichts des politisch-parlamentarischen Wachstums der SPD nahm die ideologische Funktion des Antisozialismus zu. Es wucherte ein von fortschritts-, demokratie- und friedensfeindlichen Leitbildern gespeistes Netz von Verbänden, Massenorganisationen und Vereinen, die wie die überwiegend rechtsgerichtete Presse Millionen Menschen in ihrem alltäglichen Denken und Handeln erreichten und beeinflussten. Dazu gehörten u.a.: Verein für das Deutschtum im Ausland (1881-1918), Deutsche Kolonialgesellschaft (1887-1936), Alldeutscher Verband (1891-1939), Bund der Landwirte (1893-1920), Deutscher Ostmarkenverein (1894-1934), Deutscher Flottenverein (1898-1934), Kyffhäuser-Bund der

1 Henri Barbusse: Briefe von der Front. An seine Frau 1914-1917, Leipzig 1987, S. 253f.

deutschen Landkriegerverbände (1900-1943), Reichsverband gegen die Sozialdemokratie (1904-1918), Bund Jungdeutschland (1911-1933) und Deutscher Wehrverein (1912-1935).

Darüber hinaus gab es elitäre oder nach Branchen bzw. besonderen Interessengebieten formierte Zusammenschlüsse, deren Nähe zu den Machtzentren und Rolle bei der Rekrutierung von Führungskräften in Militär, Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft, Kultur und Sport erheblich war, darunter die Deutsche Adelsgenossenschaft (1874 1945), das Korporationsstudententum, bürgerliche Sport-, Turn- und Gesangsvereine und der Deutsche Handlungsgehilfenverband. Lehrer und Professoren, Journalisten, Schriftsteller und Geistliche, nahmen die völkisch-militaristische und antisemitische Vorstellungswelt auf und wirkten als deren Multiplikatoren. Kaisers Geburtstag, der Sedanstag und der Reichsgründungstag gingen wie der Bismarckkult in die öffentliche Zelebration des herrschenden Selbstverständnisses und darauf gründende europa- und weltpolitische Ansprüche ein. Die genannten Verbände, Vereine und Gruppen repräsentierten Milieus von Mitgliedern und Wählern der bürgerlichen Parteien. Der Strom dieser Organisationen, ihrer Mitglieder, Anhänger und Ideologien, mündete – Veränderungen nach 1918/19 inbegriffen – nach 1930 überwiegend in die faschistische Wählerschaft und Massenbewegung sowie die Gliederungen von NSDAP und NS-Staat.

Geistig-politische Kriegsvorbereitung

Die öffentliche Meinungsbildung wurde seit Ende der neunziger Jahre mit kolonialen Abenteuern, Flottenrüstung und Heeresverstärkung, in außenpolitischen Krisen und angesichts kriegerischer Konflikte, aufgeputscht, verbunden mit ausgrenzendem Antisozialismus. Die Auseinandersetzungen um den Kolonialkrieg in Südwestafrika (1904-1907) und den dafür eingebrachten Nachtragshaushalt führten zur Auflösung des Reichstags im Dezember 1906 und zur Neuwahl Anfang 1907. Die Wahlkampagne wurde mit nationalistischem Lärm, weltpolitischen Forderungen und wüsten Attacken gegen die SPD geführt. Dabei wirkte die Wut der herrschenden Reaktion über die Stimmengewinne der SPD bei der Reichstagswahl 1903 nach, die 1904 zur Gründung des *Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie* geführt hatte. Der Internationalismus und die antimilitaristische Orientierung der Arbeiterbewegung wurden von den Herrschenden, ihren Politikern und Parteien sowie Rechtsintellektuellen zutreffend als Frontstellung gegen Hochrüstung, Kolonial- und Weltpolitik sowie Kriegsvorbereitung wahrgenommen.

Unablässig wurden Bedrohungsszenarien verbreitet, Feindbilder verhärtet und Kriegsbereitschaft geschürt. Der sozialdemokratische Journalist und Politiker Josef Felder (1900-2000), MdR 1932/33 und MdB 1957-1969, schildert in seinen Lebenserinnerungen, wie er als Vierzehnjähriger die Begeisterung

der Menschen bei Kriegsausbruch 1914 erlebte: „Im Grunde waren ja auch alle seit langem darauf vorbereitet: Der Geschichtsunterricht in den Schulen hatte darauf hin gewirkt, viele Zeitungen hatten in diesem Sinne berichtet, Offiziere besagte Vorträge gehalten und die Menschen sich gegenseitig an Stammtischen darin bestätigt, dass ein Krieg notwendig sei.“ Er zitierte aus der damals weit verbreiteten „Jungdeutschland-Post – Wochenschrift für Deutschlands Jugend“ vom 25. Januar 1913, dass tief im deutschen Herzen „die Freude am Krieg und ein Sehnen nach ihm sein“ müsse, da „wir der Feinde genug haben“ und zum Kriege wie zu einem Fest gehen: „Nein, der Krieg ist schön, seine hehre Größe hebt das Menschenherz hoch über Irdisches, Alltägliches hinaus. Auch unser warten noch solche Stunden.“²

Die völkisch fundierte und aggressiv weltpolitisch orientierte Propaganda des Alldeutschen Verbandes fand in Regierungskreisen und Rechtsparteien, unter Schwerindustriellen und Junkern, Beamtenschaft und Angestellten, Hochschul-, Gymnasial- und Volksschullehrern Resonanz und wurde weiter verbreitet. Das vom Vorsitzenden der Jahre 1908 bis 1939, Justizrat Heinrich Claß, Ostern 1912 unter dem Pseudonym Daniel Frymann mit dem Leitmotiv „Viel Feind’ – viel Ehr“³ veröffentlichte kriegshetzerische und präfaschistische Pamphlet „Wenn ich der Kaiser wär“⁴ erfuhr bis Februar 1914 fünf Auflagen. Es strotzte von Gewaltphantasien mit kolonialen und imperialen Zielen, Militarismus und Diktatur, Patriarchalismus und Führertum, völkischer Deutschtumsideologie und aggressivem Antisemitismus, Hass auf Demokratie und Sozialismus. Politische Schriftsteller, Journalisten, Politiker und Militärs vertraten gleiche oder verwandte Anschauungen und Ziele.

Karl Liebknecht hat in seiner im Februar 1907 erschienenen antimilitaristischen Schrift eine grundsätzliche Charakteristik insbesondere „des preußisch-deutschen bürokratisch-feudal-kapitalistischen Militarismus, dieser schlimmsten Form des kapitalistischen Militarismus, dieses Staates über dem Staate“ vorgelegt. Frühzeitig skizzierte er dessen friedens- und volksfeindliche Wesenszüge.³ Letztere wurden von den bürgerlichen Parteien, Politikern und Professoren unterstützt oder hingenommen und die davon ausgehenden Gefahren verkannt. Die Schrift Liebknechts wurde im April beschlagnahmt und der Verfasser im Leipziger Hochverratsprozess am 12. Oktober 1907 zu anderthalb Jahren Festungshaft verurteilt, die er voll zu verbüßen hatte. Die Kriegsvorbereitung hatte viele Facetten. Im Reichstag stand Liebknecht im Dezember 1914 mit der Ablehnung der Kriegskredite ebenso allein und angefeindet wie bei

2 Josef Felder: Warum ich Nein sagte. Erinnerungen an ein langes Leben für die Politik, Reinbek bei Hamburg 2002, S. 20

3 Karl Liebknecht: Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung, Leipzig 1907, in: Ders.: Gesammelte Reden und Schriften, Band 1, Berlin 1958, S. 247-456

seiner Intervention im Januar 1916 gegen den Völkermord an den Armeniern in dem mit Deutschland verbündeten Osmanischen Reich. Das gilt auch für seine *Kleinen Anfragen*, deren Treffsicherheit Empörung und persönliche Angriffe der bürgerlichen Parlamentarier, aber auch Unwillen in der eigenen Fraktion auslösten.

Parteien von Junkertum und Bourgeoisie

Die Deutsch- sowie die Reichs- und Freikonservative Partei, die Nationalliberale Partei und das Zentrum sind unbeschadet einiger politisch-kultureller Unterschiede grundsätzlich als Rechtsparteien anzusehen. Die Differenzen betreffen Besonderheiten der Herkunft, der jeweils vorwiegenden regionalen, sozialen und konfessionellen Basis sowie die abgestufte Militanz rechtsgerichteter Programmatik und Politik. Hinter den Deutsch- und Frei-Konservativen standen die reaktionärsten sozialökonomischen Gruppen des Reiches: Das preußische Junkertum, schwerindustrielle Kreise und führende Gruppen in den Hierarchien von Politik, Militär, Beamtenschaft, Justiz, Wissenschaft und protestantischer Kirche. Der Nationalliberalismus berief sich auf liberale Ursprünge, von denen er sich als Stütze der Politik Bismarcks und seiner Nachfolger jedoch längst entfernt hatte. Das Zentrum vertrat den Katholizismus mit seinem riesigen Netz von Institutionen, Verbänden und Vereinen, die in allen Klassen und Schichten wurzelten und wirkten. Auf sie gründete sich die stabile Massenbasis der Partei über die Umbrüche von 1918/19 hinweg und noch bis in das Jahr 1933 hinein. Auch nach dem Ende des Bismarckschen Kulturkampfes gegen den Ultramontanismus waren partiell und zeitweilig Widersprüche zum protestantisch und militaristisch geprägten Preußen hervorgetreten. Die Interessen der politisch maßgebenden großkapitalistischen, adligen und klerikalen katholischen Führungsgruppen bewirkten jedoch dauerhaft einen Platz innerhalb der Rechten im Reich auf der Grundlage gemeinsamer klassenmäßiger Interessen und Ziele.

Die im März 1910 aus dem Zusammenschluss der drei kleinen linksliberalen – auch: *freisinnigen* – Parteien hervorgegangene Fortschrittliche Volkspartei befand sich längst auf dem Weg nach rechts. Das hatte sie in dem von Reichskanzler B. von Bülow arrangierten und dirigierten sowie nach ihm benannten konservativ-liberalen Block zwischen Anfang 1907 und Sommer 1909 bewiesen. Sie stand seither bis zu ihrem Ende im November 1918 für gewisse Vorbehalte gegenüber der äußersten Rechten und für flexiblere Varianten in der Politik und Ideologie der herrschenden Kreise. Dazu kam ein Rückhalt in jüdischen Kreisen und zumindest von Teilen der Partei ein bürgerliches Widerstehen gegen den grassierenden Antisemitismus. Wie längst die unverkennbar rechts stehenden Parteien, hatten auch die *Freisinnigen* inzwischen das Ziel der bürgerlich-parlamentarischen Republik gegen Monarchismus und

Duckmäusertum gegenüber Aristokratie und Militär eingetauscht sowie die Forderung nach der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frau aufgegeben. Die fundamentalen republikanischen Defizite der deutschen Bourgeoisie wirken bis ins 21. Jahrhundert nach.

Der Pfarrer, politische Schriftsteller und Politiker Friedrich Naumann (1860-1919) hatte mit seinem 1896 gegründeten Nationalsozialen Verein den vorrangig gegen die Sozialdemokratie gerichteten Wahlkampf 1898 für eine Weltpolitik unter Wilhelm II. und für die Flottenrüstung geführt. Die Fortsetzung dieses Kurses führte zum Fiasko in der Reichstagswahl 1903 und zur Auflösung des Vereins. Naumann ging mit Anhängern in die Freisinnige Vereinigung und mit dieser 1910 in die Fortschrittliche Volkspartei. Der Rechtsruck der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft führte im Frühjahr 1908 zur Abspaltung einer bürgerlich-demokratischen Gruppierung. Unter der Führung von Theodor Barth und Rudolf Breitscheid und orientiert an ihren Streitschriften, trat der Sozialliberale Verein zu Berlin unter dem Vorsitz von Breitscheid aus der Freisinnigen Vereinigung aus und konstituierte sich im Mai 1908 als Demokratische Vereinigung. Im Herbst 1908 erklärte sie sich zur reichsweiten Partei. Sie forderte die Republik und die volle Gleichberechtigung der Frauen. In der Innen-, Rechts- und Sozialpolitik sowie im Antimilitarismus näherte sie sich der Sozialdemokratie und wurde deshalb nicht nur von der offenen Reaktion, sondern auch von der Fortschrittlichen Volkspartei bekämpft.

Das Scheitern der Demokratischen Vereinigung in der Reichstagswahl 1912 bezeugte den weiteren Verlust liberaldemokratischer Potentiale des deutschen Bürgertums. Breitscheid ging zur SPD und Hellmut von Gerlach übernahm den Parteivorsitz. Der aus junkerlichem Milieu und von der politischen Rechten kommende Journalist und Politiker Gerlach (1866-1935), Chefredakteur der *Welt am Montag*, war zunächst in Naumanns Verein und errang 1903 das einzige nationalsoziale Reichstagsmandat. Er war mit Naumann zum Freisinn gegangen, jedoch angesichts dessen Rechtskurs Breitscheid gefolgt. Mit Kriegsausbruch gab die Mehrheit des Vorstandes und der Mitglieder die bisherigen Antikriegspositionen auf. Gerlach blieb sich treu und trat dem im November 1914 gegründeten pazifistischen *Bund Neues Vaterland* bei. Von seinem Weggefährten Breitscheid, preußischer Innenminister 1918/19, als Unterstaatssekretär gewonnen, leistete Gerlach in den Nachkriegsmonaten Bedeutendes zur deutsch-polnischen Aussöhnung, das ihm dauerhafte Anerkennung in Polen einbrachte.

Rosa Luxemburg geißelte in den Vorkriegsjahren die wachsende Kriegsgefahr sowie den „Zusammenbruch der letzten Reste des bürgerlichen Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie“: „In Deutschland allein haben die Schicksale der bürgerlichen Parteien seit den neunziger Jahren gebracht das Aufkommen und alsbaldige hoffnungslose Zerrinnen der Nationalsozialen, die

Zersplitterung der freisinnigen Opposition und die Wiedervereinigung ihrer Splitter im Morast der Reaktion, endlich die Umwandlung des Zentrums aus einer radikalen Volkspartei in eine konservative Regierungspartei.“⁴ Nach der Reichstagswahl Anfang 1912 übte sie Kritik am geheimen Stichwahlabkommen des Parteivorstands der SPD mit der Fortschrittlichen Volkspartei. Damit wäre progressives Potential dieser Partei bei weitem überschätzt und deren Wunsch erfüllt worden, Absprachen mit der SPD vor ihren überwiegend nach rechts orientierten Wählern zu verheimlichen. Im Mai 1913 kritisierte sie die Aussage von MdR Eduard David, dass die Sozialdemokratie auf dem Boden des Dreibunds stehe: „Vom Dreibund, von einer kapitalistischen Bündnispolitik, die den Krieg vorbereiten soll, erwarten, sie solle für den Frieden wirken, das ist das Beginnen eines Menschen, der vom Distelstrauch Feigen pflücken will.“⁵

Für Sieg und Annexionen

Nicht von einer Alleinschuld Deutschlands, „wohl aber von einer Hauptschuld“ ließe sich sprechen, schrieb Heinrich August Winkler: „Doch was immer andere Mächte anders hätten machen können: keine Großmacht hat während der Julikrise so konsequent auf eine Eskalation des Konflikts gesetzt wie Deutschland.“⁶ Am 4. August 1914 und in der Folgezeit stimmten alle bürgerlichen Fraktionen im Reichstag den Kriegskrediten sowie der Kriegsführung der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung (OHL) zu. Sie unterstützten mit Rückhalt in den großen Wirtschaftsverbänden und zusammenwirkend mit den nationalistisch-militaristischen Verbänden Kriegsziele, die sich auf territorialen und Machtgewinn des Deutschen Reiches richteten und Möglichkeiten rechtzeitigen Waffenstillstandes und Friedensschlusses vereitelten oder ungenutzt ließen. Es wucherten preußischer Militärgeist, militanter Nationalismus und alldeutscher Rassismus in den Feindbildern von Parteien, Verbänden, Presse, Bürokratie und militärischer Hierarchie.

Die Nationalliberalen – politisch und personell eng verbunden mit dem Alldeutschen Verband – bildeten mit den beiden erklärt konservativen Parteien und Teilen des Zentrums das militante und bis Sommer 1917 dominierende, kriegstreiberische und volksfeindliche Lager im Reichstag und im Zusammenwirken mit Reichsregierung, OHL und Vertretern der Wirtschaft, der Kirchen, der Medien und sonstigen Organisationen, Gruppen und Persönlichkeiten. Es unterstützte maximale Kriegsziele und alle Maßnahmen zur Stärkung

4 Rosa Luxemburg: Der Maigedanke auf dem Vormarsch, Leipziger Volkszeitung (LVZ) vom 30. April 1913, in: Dies.: Gesammelte Werke, Bd. 3. Berlin 1973, S. 192

5 Dies: Die weltpolitische Lage, LVZ vom 29. Mai 1913, ebenda, S. 215

6 Heinrich August Winkler: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, Bonn 2000, S. 332

der Front, zur Mobilisierung und Ausbeutung des Hinterlandes sowie bei der rücksichtslosen Unterdrückung der Kriegsgegner. Sie förderten die chauvinistische Massenbeeinflussung einschließlich menschenfeindlicher Aufhetzung zum massenhaften Töten an den Fronten sowie die alltäglichen Lügen zu Charakter, Verlauf und Aussichten des europaweiten Völkermords.

„Eines muss man der Militärbehörde lassen“, schrieb H. von Gerlach rückblickend, „sie hat vom ersten Tage erkannt, dass die Mobilisierung der öffentlichen Meinung genau so wichtig sei wie die der Truppen. Darum schuf sie schon in den ersten Augusttagen von 1914 die Pressekonferenz: die dreimal wöchentlich stattfindende Zusammenkunft der Vertreter aller Berliner und einer großen Anzahl von Provinz-Blättern.“⁷ Er gehörte zu den etwa 100 Journalisten, die zu dieser „militärischen Instruktionssunde“ zugelassen wurden und sie überwiegend im Sinne der Veranstalter umsetzten. „Die Lüge war das ekelhafteste Krebsgeschwür. Aber doch nur eines von vielen. Denn die sogenannte Kriegsmoral ist ihrer Natur nach die Umkehrung jeder Moral.“⁸ Im Dienste damaliger nationalistischer Propaganda und psychologischer Kriegsführung nach außen und innen entstanden im Oktober 1914 die Zentrale für Auslandsdienst und im März 1918 die Zentrale für Heimatdienst, Letztere als Urahn der heutigen Bundeszentrale für politische Bildung. OHL und Generalstab waren Anfang 1917 beteiligt an der Gründung des Bild- und Filmamtes sowie der Universum Film AG (UFA) im Dezember 1917.

Matthias Erzberger (Zentrum) verfasste bereits am 2. September 1914 ein Kriegszielmemorandum, in dem für deutsche Hegemonie in Europa, Annexionen und Schaffung abhängiger Regionen sowie ausgedehnte koloniale Eroberungen geworben wurde. Der Reichsausschuss der katholischen Partei stellte sich am 25. Oktober 1915 hinter das annexionistische Programm. Unter den Anhängern und Wählern wurde für aggressive Kriegsführung – darunter zeitweise auch für den unbeschränkten U-Bootkrieg – geworben. Das Zentrum verfolgte diese Kriegspolitik bis 1916/17, wobei auch das Erbe des *Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation* angerufen und angesichts des Militärbündnisses mit Österreich Ideen eines katholischen Großdeutschlands propagiert wurden.

Die Fortschrittliche Volkspartei unterstützte seit den Vorkriegsjahren alle großen Rüstungsvorlagen. Ihre Führung rechtfertigte dies mit den Rüstungen anderer Mächte und feindseligen Stimmungen gegen Deutschland in außenpolitischen Krisen. Während des Krieges differierten die innerparteilichen Positionen von chauvinistischen und annexionistischen Gruppen bis zu vereinzelt pazifistischen Anschauungen. Die Parteiführung trat für einen deutschen Sieg

7 Hellmut von Gerlach: Die große Zeit der Lüge. Der Erste Weltkrieg und die deutsche Mentalität (1871-1921), Bremen 1994, S. 121

8 Ebenda, S. 148

mit territorialen Erwerbungen in Europa und Übersee ein. Sie wandte sich im Juli 1915 sowohl „gegen die grundsätzliche Ablehnung jeder Gebietserweiterung“ als auch „gegen unklare und uferlose Annexionspläne“ und trat für „notwendige Grenzverbesserungen im Osten und Westen“, aber ohne Entrechtung der Bevölkerung in angegliederten Gebietsteilen, ein. F. Naumanns „Mitteleuropa“ von 1915 gehört als „Bibel des moderaten deutschen Weltkriegsimperialismus“ (H. A. Winkler) zur Literatur deutscher Kriegsziele sowie der Konzepte für eine Neuordnung Europas unter deutscher Führung. Abgestimmt mit Behörden und Militär nahm er als Autor und Redner am Krieg teil. Ab Frühjahr 1917 forderte die Partei eine baldige Wahlrechtsreform in Preußen und Schritte zur Parlamentarisierung im Reich. Im November 1917 trat Friedrich von Payer in das Kabinett Hertling – und später in das des Max von Baden – als Vizekanzler ein. Erst Anfang November 1918 forderte die Führung unter dem Druck der Umstände die Abdankung des Kaisers.

Der mit Kriegsbeginn ausgerufene *Belagerungszustand* war faktisch eine Militärdiktatur, die über uneingeschränkte Vollmachten für die Innenpolitik und Rechtsprechung verfügte. Das umfasste insbesondere auch die rigorose Verfolgung von Kriegsgegnern sowie Verbote oder Beschränkungen der Presse und von Organisationen sowie der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Innenpolitisch folgten die Parteien von Junkertum und Bourgeoisie bis zum Kriegsende dem von der monarchistisch-militaristischen Reichsführung auf diese Weise praktizierten *Burgfrieden*. Sie wirkten politisch und ideologisch daran mit, Regungen und Bewegungen gegen den mörderischen Krieg, seine unsozialen und unmenschlichen Konsequenzen, zu diskriminieren und zu unterdrücken. Dabei nahmen sie nicht nur autoritäre Eingriffe und Willkürakte hin, sondern unterstützten sie – vor allem gegen die Linken in der Arbeiterbewegung und Pazifisten.

„Friedensresolution“ der Reichstagsmehrheit 1917

Der Kriegsverlauf, die Opfer auf allen Seiten und die dramatische Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Zivilbevölkerung bestätigten und übertrafen die Warnungen aus der Arbeiter- und der Friedensbewegung vor und seit dem August 1914. Vor allem die sich erschöpfenden menschlichen und materiellen Ressourcen, die erkennbare Aussichtslosigkeit einer siegreichen Beendigung des Krieges mit erstrebter Beute sowie ein dauerhafter Stimmungsumschwung im Lande bewirkten bei einem Teil der Oberschichten zögerliches Umdenken und die Suche nach Auswegen. Wachsende Kriegsmüdigkeit in der hungern- und blutenden Bevölkerung, Streiks und zunehmend widerständiges Verhalten beschleunigten diese Prozesse.

Im Sommer 1917 verbanden sich Fortschrittliche Volkspartei und Zentrum mit der Mehrheitssozialdemokratie. In einem Interfraktionellen Ausschuss er-

arbeiteten sie eine „Friedensresolution“, die am 19. Juli 1917 verabschiedet wurde. Keineswegs konsequent gegen Gebietserweiterungen und andere Kriegsbeute, grenzten sie sich damit gegen extreme Kriegsziele, unabsehbare weitere Opfer und Exzesse ab und plädierten für Kompromisse zugunsten eines Friedensschlusses. Der nächste Kriegskredit wurde jedoch auch von diesen drei Parteien wiederum bewilligt. Als „Verzichtsfrieden“ denunzierten und bekämpften auch im Zentrum weiterhin starke Kräfte diese unter der Parole des „Verständigungsfriedens“ eingeleitete Umorientierung, die nunmehr maßgeblich von Erzberger betrieben wurde. Der Zusammenhang der Friedensfrage mit inneren Reformen – insbesondere des preußischen Wahlrechts und von Schritten zur Parlamentarisierung – verschärfte parteiinterne Auseinandersetzungen. Schließlich unterstützte das Zentrum die Bildung der Regierung Max von Baden, in der sie mit drei Staatssekretären vertreten war. Die Parteiführung lehnte noch Anfang November 1918 das Frauenwahlrecht ab und blieb gespalten hinsichtlich der Abdankung Wilhelm II.

Gegen die Tendenzen, maximale Kriegsziele aufzugeben und Kompromisse auf dem Weg zu Waffenstillstand und Friedensschluss zu suchen, konstituierte sich am 2. September 1917 in Königsberg die *Deutsche Vaterlandspartei* als militante Alternative. Maßgeblich agierten darin rechtskonservative preußische Junker, Militärs, Beamte und Intellektuelle. Der Führer der Alldeutschen und Rechtsaußen, Claß, ließ als Mitglied des Engeren Ausschusses keinen Zweifel an der imperialistischen sowie antisemitischen und antisozialistischen Orientierung der Kampftruppe zu. Der Gründungsaufruf denunzierte die zaghafte Friedensbemühungen der Reichstagsmehrheit, forderte eine kraftvolle Reichsregierung und Standhaftigkeit bis zum Sieg. Er bezeugte nach drei Kriegsjahren die von eigenem Macht- und Besitzstreben geleitete aristokratisch-großbürgerliche Verachtung des arbeitenden Volkes und seiner elementaren Lebensinteressen seitens der von Below, von Brüneck, von Buhl, von Dönhoff, von Mecklenburg-Schwerin, von Tettau, von Tirpitz, von Wangenheim u.a. Gegen solchen Extremismus und für „maßvolle Kriegsziele“ wurde am 4. Dezember 1917 der *Volksbund für Freiheit und Vaterland* gegründet. Die drei Parteien der *Friedensresolution* wirkten darin vor allem mit gewerkschaftlichen Organisationen sowie sozialliberalen Gruppen und Persönlichkeiten zusammen.

Karl Liebknecht bleibt Maß und Beispiel

Je länger der Krieg dauerte, umso mehr Menschen lechzten nach Wahrheit, schrieb H. von Gerlach später: „Und darum flogen immer mehr Sympathien dem Manne zu, der allein den Mut der Wahrheit zu besitzen schien: Karl Liebknecht.“ Er wurde angefeindet von Rechtsanwalts- und bürgerlichen Parlamentskollegen: „Aber unzählige Leute aus dem Volke sahen in ihm den Mann,

der sie von dem Fluch der Lüge und des Krieges zugleich erlösen könne. Und schon am 31. Dezember 1915 sagte mir ein übrigens sehr kriegsbegeisterter Offizier, der gerade von der Front im Westen auf Urlaub gekommen war: 'Wenn die Armee abzustimmen hätte, würde sie Liebknecht zum Kaiser wählen.'⁹ Henri Barbusse (1873-1935), Autor des 1917 erschienenen weltberühmten Antikriegsbuches „Das Feuer“, schilderte eine Episode vom Schlachtfeld Ende 1915. Ein französischer Offizier suchte kriegsgegnerische Flugblätter und schimpfte auf Liebknecht. Dabei sollte er sich doch freuen, dass der Feind Frankreichs, Wilhelm II., auch in Deutschland Gegner habe: „Weit gefehlt. Der französische Offizier hatte das richtige Gefühl, dass ein ehrlicher Gegner des deutschen Militarismus Gegner jedes Militarismus, also auch sein Gegner war.“ Damals habe er die Idee zu seinem Buch gefasst, „in dem wir, die französischen Sozialisten, über die Grenzen hinweg Liebknecht und allen wahren deutschen Sozialisten die Hände reichen.“¹⁰

Ludwig Renn (1889-1979), geboren als Arnold Friedrich Vieth von Golßenau, war als sächsischer Berufsoffizier in die Frontkämpfe in Frankreich gegangen und wurde – wie H. Barbusse in den Schützengräben auf der anderen Seite – aus mehrjährigem erlebten und überlebten Kampf zum Antikriegsautor. Seine Erinnerungen beschreiben eine weithin unfähige und korrupte Offizierskaste und Generalität, den mörderischen Alltag sowie die Leiden und Opfer der Soldaten. Er brach mit seiner Herkunft, wurde 1927 Kommunist, im März 1933 verhaftet und zu Zuchthaus verurteilt, kämpfte im spanischen Bürgerkrieg und emigrierte nach Mexiko. Ab 1947 lebte er in SBZ und DDR als erfolgreicher Schriftsteller. Er und andere bestätigten mit ihrem Lebensweg Gültigkeit und Wirkung der Warnungen und des selbstlosen Einsatzes von Karl Liebknecht.

Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und alle gegen Militarismus und Krieg gerichteten Bestrebungen setzten die Maßstäbe, die den historisch-politischen und humanistischen Herausforderungen entsprachen. Zwischen 1900 und 1919 vermochte ihnen kein bürgerlicher oder feudal-aristokratischer Politiker in Reichsregierung, Reichstag oder gar im Umfeld Wilhelm II. und militärischen Führungskreisen vergleichsweise auch nur annähernd gerecht zu werden. Die jahrelange Verfolgung und die Ermordung der selbstlosen Kriegsgegner Liebknecht und Luxemburg durch Militaristen im Dienste der Restauration im Januar 1919 besitzt einen hohen symbolischen Rang in der deutschen und europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Im neuen umfänglichen Werk von Herfried Münkler zum Ersten Weltkrieg werden K. Liebknecht, R. Luxemburg, F. Mehring, C. Zetkin, aber auch H. von Gerlach, nicht erwähnt. DIE

9 Ebenda, S. 148

10 Henri Barbusse: Le Feu. Das Feuer. Tagebuch einer Korporalschaft, 3., erweiterte Auflage, Berlin 1973, S. 471

ZEIT vermochte in einem SPEZIAL vom Februar 2014 zu „Deutschland 1914“ wiederum nicht, Liebknecht unter 25 Porträts aufzunehmen. Das ist bei einem NATO-beflissenen Herausgeber und Autor wie Josef Joffe allerdings irgendwie auch folgerichtig. Sein und seinesgleichen geistig-moralisches Erbe ist unter den Gegnern Liebknechts vor hundert Jahren und danach zu suchen und zu finden.

Diese knappe parteiengeschichtliche Skizze ist auch als Exkurs zu Vorläufern und Traditionen der heutigen bürgerlichen Parteien in der Bundesrepublik – CDU, CSU, FDP, AfD, NPD – zu lesen. Das Zentrum überstand strukturell die Umbrüche Ende 1918, verlor jedoch durch die Gründung der Bayerischen Volkspartei die südostdeutsche Region. Die anderen bürgerlichen Parteien endeten im November 1918, diskreditiert und gescheitert durch ihre Rolle in Kaiserreich und Weltkrieg. Die Novemberrevolution zwang sie zu Abbruch und versuchtem Neubeginn. Aus ihrer Unfähigkeit, den Verlauf und die Ergebnisse des Ersten Weltkrieges in der Weimarer Republik auf demokratisch-republikanische Weise zu bewältigen, erwuchs der Weg zu den konterrevolutionären Exzessen der Nachkriegszeit, zu erneuter Rechtsentwicklung in den zwanziger Jahren und schließlich zu Beihilfe und Kapitulation bei der Errichtung der faschistischen Diktatur im Deutschen Reich und in den Zweiten Weltkrieg. Unbewältigte Hinterlassenschaften und erhebliche Kontinuitäten wirken bis in die Gegenwart und absehbare Zukunft fort. Sie bedürfen historischer Analysen als Lehrstücke im zeitgenössischen Kampf gegen die unverändert aggressiven, expansiven und volksfeindlichen Wesenszüge des kapitalistischen Weltsystems und seiner Machtzentralen.

Die Göring-Mehrheit im Deutschen Reichstag 1932/33 Eine Demokratie schafft sich ab. Zur Rolle der bürgerlichen Parteien

Die Rolle der bürgerlichen Parteien im Entscheidungsjahr 1932/33 wird von Politik und Medien – wenn überhaupt – eher beiläufig und diskret behandelt. Das ist offenkundig nicht allzu großer Bescheidenheit, sondern vor allem gewissen, kaum rühmenswerten Tatsachen der von ihren Vorgängerparteien verfolgten Politik und deren katastrophalen Auswirkungen geschuldet. Unter ihnen findet sich im Reichstag keine nennenswerte Ausnahme, auch wenn es in den Absichten und Überlegungen bei einzelnen Abgeordneten Differenzierungen gegeben hat. Begrifflich sei vermerkt, dass die NSDAP selbstredend auch eine *bürgerliche* Partei war; hier ist es vor allem der Sammelbegriff, mit dem die Unterscheidung zu den beiden Arbeiterparteien und die spezifische Rolle *neben* und *mit* der Naziartei umrissen und charakterisiert wird.

Kürzlich fand sich im Internet eine Ansprache, deren Fragen und Problem-sicht beeindruckten. Die 18jährige Caterina Quintini sprach am 11. Mai 2013 anlässlich der Gedenkveranstaltung auf dem KZ-Friedhof Birnau am Bodensee. Sie erinnerte an Eindrücke und Empfindungen während einer Gedenkstättenfahrt zum KZ Auschwitz-Birkenau und äußerte: „Ich konnte nicht verstehen wie so etwas geschehen konnte.“ Sie schlüsselte ihre Aussage in viele Einzel-fragen auf sowie in Einwände gegen unglaubliche Erklärungs- und Rechtfertigungsversuche. Da findet sich auch ihre Feststellung: „Die Geschichtsbücher versuchen das Scheitern der Weimarer Republik mit zu viel kleinen Parteien, hoher Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise, Unzufriedenheit der Leute und mit Begriffen wie dem Ermächtigungsgesetz zu erklären.“ Das erkläre jedoch nicht, wie ein Rechtsstaat zu einer Vernichtungsindustrie und fürsorgliche Familienväter zu Mördern werden konnten und ein ganzes Land seine Menschlichkeit verlor. Sie hat völlig recht: *Das* erklärt nicht die Missgeburt eines deutschen Verbrecherstaates gegen Mitte des vergangenen Jahrhunderts sowie seine über Generationen und Jahrhunderte nachwirkende Blutspur.

Caterina und ihren Mitschülern ist zu sagen: Ihr werdet in der Schule – wie auch von Politikern und in Medien – seit Jahren in entscheidenden Fragen des Untergangs der Weimarer Republik belogen. Ein aktuelles *Beispiel*: Das Geschichtslehrbuch, das für diesen Zeitraum gegenwärtig in den 9. Klassen von Berlin (und sicher in weiteren Ländern) benutzt wird. Darin ist zu den Anfängen der Republik ab 1918/19 zu lesen, dass „Gegner von links und rechts“ die Republik bekämpften, dass es „Umsturzversuche von rechts und links“ sowie überhaupt „links- und rechtsradikale Umtriebe“ gab. Warum setzen die Autoren nicht gleich Heinrich Mann, Käthe Kollwitz und Carl von Ossietzky auf der einen Seite mit völkisch-antisemitischen Blut- und Boden-Dichtern, ange-

führt vom Mordhetzer Goebbels, auf der anderen Seite gleich? Es folgt schließlich eine Aussage zur Reichstagswahl von Juli 1932, die inmitten dieses Beitrags führt: „Bei der Reichstagswahl legte die NSDAP gewaltig zu. Gemeinsam mit der KPD gab es eine negative Mehrheit im Reichstag.“¹ Was ist eine „negative Mehrheit“? Und was hatten KPD und NSDAP *gemeinsam* außer dieser Summe, die sich aus einer willkürlichen, ideologisch motivierten Addition ergibt? Wir werden auf die ominöse Konstruktion noch anlässlich der *tatsächlichen* Mehrheit im VI., VII. und VIII. Reichstag im Entscheidungsjahr 1932/33 zurückkommen, für die ich einen treffenden Namen vorschlage.

Der Band, der in Ostthüringen im Frühjahr 2013 anlässlich der Jugendweihe an die Heranwachsenden übergeben wurde, ist aus den gleichen Quellen geschöpft, deren Ursprünge sich in der restaurativen, dumpf antikommunistischen Periode der Bundesrepublik finden. Sie wurden ungeachtet seitheriger Forschungsergebnisse und aufklärerischer Kontroversen stets unverändert fortgeschrieben. In einer 1973 erschienenen kritischen Analyse von Geschichtsbüchern wird beispielsweise folgende Textstelle eines Buches aus dem Verlag Diesterweg von 1971 zitiert: „Neuwahlen Ende Juli 1932 ergaben eine negative Mehrheit der antidemokratischen Parteien (KPD, DNVP und NSDAP) von 359 Mandaten auf insgesamt 608. Die Demokratie hatte nun auch im Parlament keine Stütze mehr.“ Im Lehrbuch vom Verlag Schroedel/Schöningh von 1966 wurden ebenfalls die Mandate von NSDAP und KPD zusammengezählt und entgegen den tatsächlichen Vorgängen im Reichstag gefolgert, damit „konnten die Radikalen den Reichstag endgültig lahmlegen.“² Ergeben sich nicht Fragen an die gesellschaftliche Mitverantwortung beamteter Geschichts- und Politikwissenschaftler, wenn über Jahrzehnte in Schlüsselfragen der deutschen und europäischen Geschichte den SchülerInnen solche Fälschungen vermittelt werden?

Die Verantwortung dafür liegt nicht primär bei diesem oder jenem Lehrer oder einzelнем Schulmaterial, obwohl auch sie und vor allem traditionsreiche Schulbuchverlage Verantwortung tragen. Der Ursprung solcher Geschichtslügen liegt in der Herkunft sowie der Gründungs- und Frühgeschichte und den Herrschaftsverhältnissen in der Bundesrepublik. Ihre seitherige Fortschreibung wurzelt in den Bedürfnissen der Oberschichten der deutschen bürgerlichen Gesellschaft und speziell ihrer Parteien, sich eine vorzeigbare historische Legitimation für ihre gesellschaftspolitischen Führungs- und Gestaltungsansprüche zu verschaffen. Das ist bei diesem Deutschland seit 1871, 1914 und 1933 wahrhaftig schwierig genug. Noch mehr: Die nach Jahrzehnten der Verdrängungen und Lügen nicht mehr zu unterdrückenden Wahrheiten über die Ur-

1 Zeiten und Menschen, Bd. 4, Verlag Schöningh Paderborn, 2004, S. 93

2 Reinhard Kühnl (Hg.): Geschichte und Ideologie. Kritische Analyse bundesdeutscher Geschichtsbücher, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 120 (rororo aktuell)

sprünge und Grundlagen der Bundesrepublik machen es kaum leichter. Die Hauptakteure und Wortführer apologetischer Bedürfnisse auf dem Markt der Geschichtspolitik und -ideologie sind die Regierungsparteien von 1949 und 1990: CDU, CSU und FDP. Sie haben Rückhalt in der Wirtschaft sowie in der Wissenschaft und den Medien, in den Führungsebenen aller gesellschaftlichen Bereiche wie Justiz, Streitkräfte und Sicherheitsdienste, Ministerialbürokratie, Bildung u.a. Daher können sie seit Jahrzehnten elementare Tatsachen und beweiskräftige Kritik an ihren Geschichtsfälschungen ungerührt aussitzen.

Im übrigen sollte mehr von der „deutschen Rechten“ die Rede sein – etwa im Sinne des gleichnamigen Buchtitels von Peter Glotz aus dem Jahre 1989: Damals Kohl, heute Merkel als eigentlicher Repräsentant der konservativ-antikommunistischen Grundströmung in dieser Gesellschaft, die die Hauptachse der gesamten, vielgestaltigen Rechten in der Bundesrepublik bildet. Letztere fächert sich in Flügeln und Rändern auf. Der rechte Extremismus, Rassismus/Antisemitismus, Hass auf die Linke und nazistischer Terrorismus sind die äußersten rechten Ausläufer – 1914-20, 1932-33, 1949 ebenso wie 2014. Damit sind die Herkunft, die Erbschaften und Traditionen seit 1848/49, 1871, 1914 und 1933, aber auch die Komplexität und innere Widersprüchlichkeit, Anpassungsfähigkeit und Modernisierungsvarianten dieser volks- und fortschrittsfeindlichen Grundströmung zu erfassen und zu bewerten; ist ihren Ambitionen entgegen zu treten.

Die hauptsächlichen und direkten parteipolitischen Vorgänger der *heutigen* Regierungsparteien zwischen November 1918 und Juli 1933 waren: Für die Unionsparteien die katholischen Rechtsparteien *Zentrum* und *Bayerische Volkspartei* (BVP) sowie der evangelische *Christlich-Soziale Volksdienst*; für die FDP die *Deutsche Demokratische Partei* (DDP, später: Deutsche Staatspartei) und die *Deutsche Volkspartei* (DVP). Nimmt man den nahezu ungehemmten Zustrom von Mitläufern und Tätern der NS-Barbarei nach 1945, die Kontinuitäten der sozialen und politischen Milieus sowie beim Führungspersonal, obendrein den nahtlos, bloß modifiziert, fortgesetzten Antikommunismus, sind Unionsparteien und FDP auch als *Nachfolgeparteien* von Deutschnationaler Volkspartei (DNVP) und NSDAP anzusehen. Die Mitte-Rechts-Regierung in Bonn bestätigte ab September 1949 diese Einschätzung dadurch, dass sie sich weitgehend aus jenen Vorgängerparteien rekrutierte sowie vorrangig und zielstrebig die Interessen der aus dem vorangegangenen Verbrecherstaat belasteten Täter, Gehilfen und Mitläufer wahrgenommen und weitgehend durchgesetzt hat.

Der Weg ins Krisenjahr 1932/33

Wenden wir uns der tatsächlichen Rolle der damaligen Parteien sowie weiterer Organisationen im akuten Krisenjahr vom Sommer 1932 bis Sommer 1933 zu.

Wie war die Ausgangssituation? Diese Parteien waren im Einklang mit der Gesamttendenz von Gesellschaft, politischem System und geistig-kulturellem Klima seit Beginn der zwanziger Jahre nach rechts gerückt. Große soldatische, völkisch-rassistische, antisozialistische und konservative Verbände besaßen Masseneinfluss. Die Mehrzahl der Volksschul- und Gymnasiallehrer sowie der Professoren stand der Republik skeptisch bis feindselig gegenüber und schwelgte in monarchistischen Traditionen sowie völkisch-antisemitischen und antisozialistischen Ressentiments: Die *Konservative Revolution* hatte mit Köpfen wie Oswald Spengler, Moeller van den Bruck, Edgar Julius Jung, Ernst Jünger und vielen anderen die geistige Führung übernommen. Die Rechtspresse dominierte die Medienlandschaft. Die parlamentarische Demokratie endete 1930 mit dem Übergang zur Notverordnungs politik. Bereits 1931 erlangte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDtSB) dank der politisch-ideologischen Vorleistungen des Korporationsstudentums seit den 1880er Jahren die Mehrheit und die Führung in der Deutschen Studentenschaft. Die erneute Wahl eines Hindenburg als Reichspräsident im Frühjahr 1932, neben dem auch noch Hitler Millionen Stimmen gewinnen konnte, signalisierte den politischen und ideell-moralischen Zustand und die Identitätskrise dieser „ersten deutschen Demokratie“.

Exemplarisch blicken wir in ein weiteres Schulbuch als Zeugnis für den *Geist der Zeit*: „Du mein Deutschland. Ein Buch von unseres Volkes Tun und Dichten“, Schroedels Mittelschullesebuch, Halle (Saale) 1929. Man beachte das Erscheinungsjahr. Die Anthologie strotzt von Heimat, Blut und Boden, rückwärtsgerichteter Romantisiererei, Bismarckkult, Chauvinismus, Soldatentum, Kriegsbereitschaft und Opfertod. Abschnitte sind überschrieben wie „Ein Volk, ein Herz, ein Vaterland“ (II), „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen“ (III) oder „Von deutschen Meistern“ (VIII). Vom deutschnationalen Dichter Will Vesper findet sich das Gedicht „Mahnung“:

*„Nun schweige mir jeder von seinem Leid
und noch so großer Not.
Sind wir nicht alle zum Opfer bereit
und zu dem Tod?
Eines steht groß in den Himmel gebrannt:
Alles darf untergehn.
Deutschland, unser Kinder- und Vaterland,
Deutschland muss bestehn!“ (S.111)*

Bald – am 10. Mai 1933 – war Vesper in Dresden Redner zur Bücherverbrennung und stieg zum Schriftsteller, Herausgeber und führenden Literaturpolitiker des Dritten Reiches auf. Wenige Seiten weiter und nicht minder berüchtigt findet sich Walther Flex unter „Sprüche“:

„So lasst uns schwören und singen
in Nacht und Sturm hinein:
deutsch bis zum Todesringen
und nichts als deutsch zu sein!“ (S. 120)

Das sentimentale, präfaschistische Lamento stammt von 1929, nicht von 1915 oder 1938. So sah weithin die geistig-moralische Quintessenz der vermeintlich *Goldenen Zwanziger* für Millionen Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern, überhaupt für die tagtägliche Indoktrination der Bevölkerung aus. Millionen wurden als künftige Wähler der Nazis präpariert.

Jener ideologische, kulturelle und moralische Kontext des Agierens der bürgerlichen Parteien ist damit angedeutet, den sie selbst mit prägten, sich mit ihm arrangierten und politisch ausnutzten. Die DNVP marschierte im buchstäblichen Sinne des Wortes voran, als sie unter zustimmender Mitwirkung von Spitzenvertretern des bürgerlich-aristokratischen Establishments den berühmten Aufmarsch mit NSDAP und Stahlhelm-Bund am 11. Oktober 1931 in Bad Harzburg inszenierte. Von dieser *Harzburger Front* führt bald ein direkter Weg zur Rolle als Koalitionspartner in der ersten Hitlerregierung und zur preußisch-konservativ getünchten NS-Show am *Tag von Potsdam* – 21. März 1933. Bezüglich der katholischen Parteien – Zentrum und Bayerische Volkspartei – war der Vatikan längst unzufrieden, dass sie teilweise noch mit Sozialdemokraten zusammengingen statt ausschließlich mit strammen Rechtsparteien. In Rom schätzte man die Erfahrungen mit der Diktatur Mussolinis, der auch der zum rechten Flügel des Zentrums gehörige Konrad Adenauer, damals Kölner Oberbürgermeister und Präsident des Preußischen Staatsrats, seine Sympathien bekundete. Der Zentrums-Vorsitzende, Prälat Ludwig Kaas, drängte ebenso auf diesen Weg wie der Vorsitzende der BVP, Fritz Schäffer.

Die faschistische Partei wurde in der Reichstagswahl am 6. Juli 1932 stärkste Partei und stellte mit 230 Abgeordneten die größte Fraktion. Inzwischen waren die Führungskreise aller bürgerlichen Parteien bereit und interessiert, in Preußen wie im Reich Koalitionen mit ihr zu bilden oder hinzunehmen. Aus machtpolitischem Kalkül schwanden auch die Bedenken, sich unter einem Kanzler Hitler zu verbünden. DVP und Staatspartei waren mit Stimmen und Mandaten auf klägliche Reste abgestürzt, die selbst im Parlament bedeutungslos geworden waren. Zentrum und – in geringerem Maße – BVP konnten mehr von ihrer Wählerbasis und Fraktionsstärke bewahren und standen im Vordergrund solcher Koalitionserwägungen.

Entscheidungen gegen die Republik

In elf, hier knapp gefassten, Punkten sollen die hauptsächlichen verhängnisvollen Fehlentscheidungen *aller* bürgerlichen Fraktionen zwischen August 1932 und Juli 1933 skizziert werden, also in der VI. und VII. Wahlperiode sowie in

dem am 5. März 1933 gewählten Reichstag. Zunächst erfolgte dies noch *vor* Hitlers Kanzlerschaft und unter Bedingungen relativ größerer Handlungsspielräume; ab 30. Januar unter und weitgehend mit dieser Regierung. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als zwölf Monate der fortschreitenden Kapitulation *aller* bürgerlichen Parteien sowie ihrer Beihilfe auf dem Weg zur NS-Diktatur und zu deren rücksichtsloser Ausgestaltung:

1) Bei der Konstituierung des VI. sowie des VII. Reichstages – am 30. August und am 6. Dezember 1932 – wählten die Abgeordneten *aller* bürgerlichen Parteien mit der NSDAP je im ersten Wahlgang Hermann Göring (NSDAP) zum Präsidenten des Parlaments. Gemäß vorheriger Absprachen hatten sie auf eigene Kandidaten verzichtet. Die faschistische Führung erhielt kampflos eine Schlüsselposition in jener parlamentarischen Demokratie, die sie seit Jahren hasserfüllt bekämpfte und deren Liquidierung sie längst als eine ihrer vorrangigen politischen Ziele angekündigt hatte. Die NS-Fraktion bedankte sich jeweils damit, dass *sie* Thomas Esser (Zentrum) als 1. Vizepräsidenten vorschlug und mitwählte. Nur die Fraktionen von SPD und KPD hatten – wie sie es auch bei den anschließenden Vizepräsidenten (Präsidiumsplätzen) taten – ihre eigenen Kandidaten (Paul Löbe und Ernst Torgler) nominiert. Im Reichstag formierte sich die *Göring-Mehrheit*: Die NSDAP und *alle* anderen bürgerlichen Parteien. Im Gegensatz zu der erwähnten antikommunistischen Fiktion einer „negativen Mehrheit“ wird die Bezeichnung als *Göring-Mehrheit* vorgeschlagen: Sie steht für *tatsächliche, wiederholte* Abstimmungen und Entscheidungen, die das Parlament ab August 1932 faktisch den Nazis auslieferten.

2) Diese Mehrheit verweigerte der KPD einen Platz im Reichstagspräsidium, der ihr nach der Fraktionsstärke (89 bzw. 100 Mandate) zugestanden hätte. Selbst nachdem die NSDAP am 6. November gegenüber dem 31. Juli mehr als zwei Millionen Stimmen und über dreißig Mandate verloren hatte, obendrein Erfahrungen mit Görings nazistischem Missbrauch der Spitzenposition seit August vorlagen, wurde ihm erneut das Amt übertragen. Beides widerlegt die platte Ausrede, die Wahl Görings sei wegen parlamentarischer Gepflogenheiten unausweichlich gewesen. Tatsächlich galt: Faschist unter Umständen „ja“ – Kommunist immer „nein“. Das illustriert seit fast einem Jahrhundert in diesem Land zumindest tendenziell die *wirklichen* politisch-ideologischen Verwandtschaftsverhältnisse sowie die Prioritäten im Feindbild der herrschenden Schichten und Gruppen.

3) Die VI. Wahlperiode des Reichstags umfasste *zwei* Sitzungstage (30. August und 12. September 1932); die VII. Wahlperiode *drei* (6., 7. und 9. Dezember 1932). Die – wiederholt ähnlichen – Anträge von SPD und KPD, die nächste Sitzung und die Tagesordnung mit den dringendsten Anträgen zu beschließen sowie den Reichskanzler zur Berichterstattung ins Parlament einzufordern, wurden von der *Göring-Mehrheit* regelmäßig abgewiesen. Damit

wurden die Souveränität des Plenums und seine verfassungsmäßigen Rechte dauerhaft zugunsten der Bestrebungen und Küngeleien der rechts stehenden Parteien ausgehöhlt und faktisch aufgegeben. Davon profitierten wiederum vor allem die Nazis als ihre stärkste und rücksichtsloseste Gruppierung.

4) Bis Ende Januar 1933 waren Zentrum und BVP bemüht, in eine Koalitionsregierung unter Hitler aufgenommen zu werden. Der BVP-Vorsitzende Schäfer fuhr noch am 28. Januar nach Berlin und erreichte Einvernehmen mit Brüning und Kaas (beide Zentrum), diese Bereitschaft beider Parteien am gleichen Tag dem früheren Zentrumsmitglied und ehemaligen Reichskanzler von Papen mitzuteilen. Dieser lehnte das Ansinnen als nicht mehr realisierbar ab. Er wusste, dass Hitler ein Mehrheits- oder Koalitionskabinett nicht mehr wollte und nicht mehr nötig hatte. Übrigens: Eine Reichsregierung der Rechtsparteien NSDAP, DNVP, Zentrum und BVP unter einem Kanzler Hitler: Das wäre wohl aus der Sicht heutiger Schulbuchschreiber *keine* „negative Mehrheit“ gewesen? Vielleicht also eine „positive“?

5) Die Tagung am 9. Dezember 1932 war die letzte der VII. Wahlperiode gewesen. Göring berief Ende Januar 1933 eine weitere ein, als er wusste, dass sie nicht mehr stattfinden wird. Hinter den Kulissen waren die Entscheidungen für Hitler sowie die am Tag nach seiner Ernennung folgende erneute Auflösung des Parlaments gefallen. Es war den Nazis damit auch gelungen, den ihnen missliebigen Reichskanzler Schleicher (den sie im Juni 1934 mit seiner Frau ermordeten) kein einziges Mal im Reichstag auftreten zu lassen. Das „nationale“ Präsidium, dem neben Göring Vertreter von Zentrum, BVP und SPD angehörten, spielte mit. Zu fragen wäre nach der Rolle des langjährigen Reichstagspräsidenten Paul Löbe (SPD), der dem Gremium in dieser kurzen Legislaturperiode als einer der Vizepräsidenten angehörte.

6) Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 brachten am gleichen Tag nur die Fraktionen von SPD und KPD Anträge ein, denen zufolge der Reichstag beschließen möge, der Regierung Hitler das Vertrauen zu entziehen. (Art. 54 der Verfassung vom 11. August 1919) Wiederum standen die Arbeiterparteien mit solchen Initiativen für die Rettung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, allein. Die DNVP saß, vertreten durch ihren Vorsitzenden, den Großindustriellen und Medienmonopolisten Alfred Hugenberg, mit im Kabinett. Zentrum, BVP sowie die spärlichen Überreste von DVP und Staatspartei sahen die Dinge auf jenem Weg, den sie selbst mit erstrebt und ermöglicht hatten. Mancher in den katholischen Rechtsparteien lamentierte weiterhin, dass sie als Koalitionspartner nicht mehr gebraucht wurden oder hoffte gar, nach der nächsten Wahl (5. März) vom „Führer“ noch eine Chance zu bekommen.

7) Den Reichstagsbrand nutzten die Nazis, um mit Hindenburgs Verordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar – *Reichstagsbrand-*

Verordnung – Grundrechte außer Kraft zu setzen, die sogenannte Schutzhaft einzuführen sowie zum offenen und massenhaften Terror überzugehen. Unter einer antikommunistischen Bedrohungslüge richtete sich das zunächst vorrangig gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, kämpferische Gewerkschafter und Pazifisten. Die bürgerlichen Parteiführer und Parlamentarier nahmen das in der Regel ohne ernstzunehmenden Widerspruch ebenso hin, wie die Zunahme von Willkür und Gewalt in den Auseinandersetzungen zur Reichstagswahl am 5. März 1933 sowie die beginnende Flucht und Emigration von aus politischen oder rassistischen Gründen gefährdeten Persönlichkeiten aus Politik, Kultur, Medien, Bildung und Wissenschaft.

8) Nach der als *Tag von Potsdam* in die Geschichte eingegangenen Veranstaltung am Vormittag des 21. März fand am späten Nachmittag die weniger bekannte, eigentliche Konstituierung des am 5. März gewählten Parlamentes statt. *Alle* anwesenden Parteien schwiegen zu der am 9. März erfolgten Annullierung der 81 kommunistischen Mandate. Die Gepflogenheit, anlässlich der Neukonstituierung inhaftierte Parlamentarier zu amnestieren, wurde gestrichen. Der Antrag der SPD, neun namentlich genannte Abgeordnete aus der Haft zu entlassen, wurde auf Antrag der NS-Fraktion an den Geschäftsordnungsausschuss überwiesen – womit er faktisch abgewiesen war. Alle Fraktionen fügten sich ohne Debatte substantiellen Veränderungen der Geschäftsordnung: Eröffnung nicht durch den Alterspräsidenten, sondern den geschäftsführenden Reichstagspräsidenten (also Göring); Streichung des Namensaufrufs aller gewählten Abgeordneten; Wahl des Reichstagspräsidenten und der weiteren Mitglieder des Präsidiums durch „Zuruf“. Da Göring einziger Kandidat war und Esser (Zentrum) erneut zum ersten Vizepräsidenten gewählt wurde, ist davon auszugehen, dass Zentrum und BVP gemäß Vorabsprachen wiederum und nunmehr zum *dritten* Mal mit der NS-Fraktion Göring zum Präsidenten des Reichstags wählten.

9) Am 23. März nahm der Reichstag eine von Hitler vorgetragene „Erklärung der Reichsregierung“ entgegen und beriet den von den beiden Regierungsparteien eingebrachten Entwurf eines „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“, das als *Ermächtigungsgesetz* in die Geschichte eingegangen ist. Die Ablehnung durch die verbliebene SPD-Fraktion begründete Otto Wels zutreffend mit den Worten: „Noch niemals, seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Ausmaße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, (sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll.“ Sämtliche Abgeordnete der bürgerlichen Parteien stimmten dieser Liquidierung der parlamentarischen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zu. Die Redner von Zentrum, BVP, Deutscher Staatspartei und Christlich-Sozialem Volksdienst versahen ihre Zu-

stimmung – neben wenigen schwachen Vorbehalten – mit Anbiederungen und Rechtfertigungsversuchen. Die geforderte verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit wurde mit 441 Ja- gegen 91 Nein-Stimmen weit übertroffen und der faschistischen Führung die erwünschte Fassade für den nunmehr völlig ungehemmten Ausbau des Verbrecherstaates geboten.

Die *Göring-Mehrheit* überantwortete damit uneingeschränkte Machtbefugnisse einer Partei, deren völkisch-antisemitisches, brutal antisozialistisches, imperiales und terroristisches Wesen und politisches Programm seit Jahren offensichtlich und erwiesen sowie seit dem 30. Januar extrem forciert worden war. Der Verlauf zeigt: Das Verhängnis bestand *nicht* in der angeblichen Zersplitterung in viele kleine Parteien, sondern in dem Weg, den die maßgeblichen großen bürgerlichen Parteien eingeschlagen hatten.

Nebenbemerkungen: Die vier Abgeordneten des CSVD – darunter Bausch und Simpfendörfer – beantragten am 3. Juli 1933, als Gäste in die einzig verbliebene Fraktion – die der NSDAP – aufgenommen zu werden. Dieses Privileg erhielten die Abgeordneten der DNVP. Der Offizier, Guts- und Brauereibesitzer Oskar Farny, bisher Zentrum, gehörte als Hospitant vom November 1933 bis Mai 1945 dem *Großdeutschen Reichstag* an. Nahtlos folgte ab 1945 sein Aufstieg in berufsständischen Verbänden, in den Bundestag (CDU, 1953) und als baden-württembergischer Minister für Bundesangelegenheiten (1953-1960).

Eine beträchtliche Gruppe von Ja-Sagern fand sich bald nach 1945 in den Ländern der Westzonen (im Einzelfall auch in der SBZ) sowie ab 1949 im Bundestag und anderen Spitzenpositionen wieder, angeführt von Theodor Heuß und Reinhold Maier (beide FDP), Jakob Kaiser, Heinrich Krone, Ernst Lemmer und Karl Simpfendörfer (CDU); Michael Horlacher und Hans Ritter von Lex (CSU).

10) Zentrum und BVP brachten gemeinsam mit den Regierungsparteien NSDAP und DNVP am 17. Mai 1933 die EntschlieÙung zur demagogischen außen- und sicherheitspolitischen Rede Hitlers im Reichstag ein. Mit der Annahme durch alle anwesenden Abgeordneten billigte der Reichstag die „Erklärung der Reichsregierung“ und stellte sich „geschlossen hinter die Reichsregierung“. Wiederholt verzeichnet das Protokoll bei der Rede Hitlers neben den Regierungsfractionen auch Beifall von BVP und Zentrum.

11) Nach Unterdrückung, Verbot und Verfolgung der KPD und der Gewerkschaften sowie dem Verbot der SPD am 22. Juni lösten sich BVP, Zentrum, DVP, Staatspartei und alle sonstigen Parteien – außer der NSDAP – bis Anfang Juli 1933 selbst auf. In diesem kläglichen Ende mischten sich Repressionen und Drohungen mit Kapitulation, Anbiederung sowie Existenz- und Zukunftsängsten. Im Auflösungsbeschluss der Reichsleitung des Zentrums hieß es, dass die Deutsche Zentrumspartei sich „im Einvernehmen mit dem

Herrn Reichskanzler Hitler mit sofortiger Wirkung“ auflöse. Sie gebe damit „ihren Anhängern die Möglichkeit, ihre Kräfte und Erfahrungen der unter Führung des Herrn Reichskanzlers stehenden nationalen Front zur positiven Mitarbeit ... rückhaltlos zur Verfügung zu stellen.“ Ein Gesetz vom 14. Juli bestätigte die Nazi-Partei als alleinige Partei im Dritten Reich und verbot jede Neugründung von Parteien.

Zurückgezogen ins Kloster Maria Laach, schrieb Adenauer am 29. Juni 1933 an Dora Pferdenges in Köln: „Dem Zentrum weine ich keine Träne nach; es hat versagt, in den vergangenen Jahren nicht rechtzeitig sich mit neuem Geist erfüllt. ... M. E. ist unsere einzige Rettung ein Monarch, ein Hohenzoller oder meinetwegen auch Hitler, erst Reichspräsident auf Lebenszeit, dann kommt die folgende Stufe.“³ Am 5. Juli äußerte er sich gegenüber der gleichen Adressatin über das Ende des Zentrums: „Ich begrüße es mit geteilten Gefühlen.“ Er „habe eine konfessionelle Partei immer für ein allerdings notwendiges Übel, oder besser weniger Gutes gehalten“ und sei „seit Jahren mit der Zentrumsführung nicht zufrieden“ gewesen.⁴

Zum Beispiel: Bayerische Volkspartei (BVP)

Einige Bemerkungen exemplarisch zur BVP, der Vorläuferin der CSU; entstanden Ende 1918 als Abspaltung vom 1870 gegründeten Zentrum. Sie verharrte in hasserfüllter Gegnerschaft zur Novemberrevolution und ohnehin der bayerischen Räterepublik, war konservativ-föderalistisch, antisemitisch sowie vor allem anderen rabi-antisozialistisch. Ihr letzter Vorsitzender (seit 1929), Fritz Schäffer, Exponent des rechten Flügels dieser Rechtspartei, hatte sich um die Integration der NSDAP ins Herrschaftssystem und das Zusammengehen mit ihr bemüht. Wäre sein Streben von Anfang 1933 aufgegangen, hätten das politische Schicksal der BVP und sein eigenes wenige Monate später sicher dem von Alfred Hugenberg und seiner DNVP geglichen – mit Fußtritt abserviert, da nicht mehr benötigt. 1949 findet sich Schäffer, nunmehr CSU und Leiter ihrer Landesgruppe in Bonn, als Bundesfinanzminister in der Mitte-Rechtskoalition unter Adenauer wieder. Ab Herbst 1950 gehören ihr auch der aus der DNVP kommende Robert Lehr sowie ab 1953 weitere ehemalige NSDAP-Mitglieder als Bundesminister (W. Kraft, Th. Oberländer, G. Schröder) an.

Hans Ritter von Lex trug am 23. März 1933 die Zustimmung der BVP zum Ermächtigungsgesetz vor. Er rühmte ihre Verdienste nach „der schmachvollen Revolution von 1918“ sowie seither um die *nationale* Gesinnung und die

3 Adenauer im Dritten Reich. Bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1991, S. 151 (Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus)

4 Ebenda, S. 153

wehrhafte Betätigung in allen Ständen und Schichten – einschließlich der Zurückweisung der „Lüge von der deutschen Kriegsschuld“: „Es ist selbstverständlich, dass eine Partei, die von solcher Einstellung beseelt war und beseelt ist, auch in der geschichtlichen Wende dieser Tage zur tatkräftigen Mitarbeit am nationalen Aufbauwerk entschieden bereit ist.“ Bei den Nazis hieß das: „Führer befiehl, wir folgen Dir!“ Lex war ab Herbst 1933 bis 1945 Oberregierungsrat im Reichsinnenministerium. Er setzte seine Karriere ab 1947 im bayerischen Innenministerium und 1949 bis 1960 als Staatssekretär im Bundesinnenministerium fort. Er war Beauftragter der Bundesregierung im KPD-Verbotsprozess und es ist zuzugestehen, dass er dafür bis 1945 bereits seine ideologisch-politische Eignung nachgewiesen hatte. Die damals barbarisch angestrebte Vernichtung der kämpferischen Arbeiterbewegung und des Marxismus war nach Verbrechen von weltgeschichtlicher Dimension und vielen Millionen Opfern fehlgeschlagen. Nun war das grundsätzlich gleiche Ziel mit anderen, den Zeitumständen angepassten, flexibleren Mitteln weiter zu verfolgen.

Neben den personellen Kontinuitäten von der BVP zur CSU gibt es die politisch-ideologischen: Beginnend mit F. J. Strauß, seinem Umfeld und Anhang: Von der Verdrängung oder latenten Mitnahme einer diskreditierten Erbschaft; der Rehabilitierung der NS-Täter bis zu frühen Schlussstrichforderungen; von den pronazistischen und rechtsextremistischen Affären um Maunz, Frey und die DVU, v. d. Heydte und seinen Doktoranden W. Kunz bis zur Einladung von Strauß an die „heimatlose Rechte“, ein enges Verhältnis zur CSU nicht zu scheuen. In diese Traditionslinie gehören weiterhin Vorgänge und Episoden unter Stichworten wie: Sympathien für Pinochet, griechische Obristen und rassistische *Freiheitskämpfer* in Afrika; Strauß-Spezi F. Schönhuber und die Entstehung der Republikaner aus Milieus der CSU; Täterschutz auch für die der Verbrechensbeteiligung überführter Gebirgsjäger – alles mitgemacht oder fortgesetzt von Waigel, Stoiber, Seehofer u.a. CSU-Politikern sowie ihnen nahestehenden Publizisten, Professoren, Juristen, Offizieren, Bischöfen u.a. Bundesinnenminister Friedrich (CSU) befindet sich 2013 mit seinem *Extremismus*verständnis und heftiger Abneigung gegen ein NPD-Verbot in dieser Tradition einer deutschen Rechtspartei seit 1918 bis heute. Die haltlosen Denunziationen der VVN-BdA e. V. in bayerischen Verfassungsschutzberichten verraten ebenso wie vergleichbare Verlautbarungen von Spitzenpolitikern mehr über den weit rechts befindlichen Standort ihrer Urheber als über die Angegriffenen.

Schlüsselrolle des Antikommunismus

Einige Anmerkungen zur Schlüsselrolle des Antikommunismus, die ihm neben dem Nationalismus sowohl in der Ideologie und Strategie der Nazis als auch

bei der Kapitulation und Selbstaufgabe aller anderen bürgerlichen Parteien zukam. Die *Reichstagsbrandverordnung* vom 28. Februar 1933 wurde mit dem Vorwand einer akuten kommunistischen Bedrohung eingeleitet. Die Nazis übertölpelten ihre bürgerlichen Rivalen mit deren eigener Ideologie. Diese kapiereten zu spät, dass sie selbst von den terroristischen und menschenverachtenden Konsequenzen des nazistisch-antisemitischen Antibolschewismus nicht verschont bleiben würden. Da trotz solcher Lektionen der Antikommunismus bis heute zentrale, in diesem Land konstitutive, Funktionen in der herrschenden Ideologie und Politik erfüllt, kann es kaum überraschen, dass die damalige Bedrohungslüge der Rechten in die heutige Geschichtsschreibung eingeht. In dem bereits zitierten Geschichtsbuch „Zeiten und Menschen“ ist zu lesen: „Führende NS-Politiker wie Hitler, Goebbels und Göring (Innenminister in Preußen) hielten es jedoch für undenkbar, dass sich die ‚Marxisten‘, wie sie verächtlich sagten, kampflös ergeben würden. Göring rechnete fast täglich mit einem kommunistischen Aufstand.“ (S. 103) Fast wird LeserIn von Verständnis und Mitleid gerührt – geneigt, zu verstehen, warum der vielleicht friedfertige, jedoch verängstigte Göring unverzüglich 50.000 SA- und SS-Leute als Hilfspolizisten einsetzte und mit *Schießerlass*, Verhaftungs- und Verbotswellen sowie den ersten KZ dem Terror neue Schleusen öffnete.

Der akademische Beistand für solche Sichtweisen bleibt nicht aus. Der Staatshistoriker Heinrich August Winkler sprach am 20. März 2013 vor der Bundestagsfraktion der SPD anlässlich des 80. Jahrestages des *Ermächtigungsgesetzes*. Darin findet sich der Passus: „Mit ihrer Revolutionspropaganda schürten die Kommunisten die Angst vor dem Bürgerkrieg, und diese Angst wurde zu einem wichtigen Verbündeten Hitlers. Sie trug entscheidend dazu bei, dass die Niederlage der NSDAP vom 6. November 1932 um ihren politischen Sinn gebracht wurde und Hitler die Chance erhielt, sich als Retter vor der roten Revolution zu präsentieren.“⁵ Entsprechende Unkenntnis und Vorurteile voraussetzend und sie kultivierend, wird damit der tatsächliche, vielgestaltige antifaschistische Widerstand von Kommunisten, Sozialisten und Pazifisten verfälscht und denunziert. Ihr Einsatz und ihre Opfer werden in der geistigen Nachfolge damaliger Mitläufer des Nazismus und heutiger politisch-ideologischer Duckmäuser im Lande herabgesetzt. Der Wählerzuwachs für die KPD sowie die in sie gesetzten Hoffnungen von ZeitgenossInnen wie Carl v. Ossietzky, Hellmut v. Gerlach, Käthe Kollwitz, Heinrich Mann, Arnold Zweig, Bertolt Brecht und vielen anderen bestätigen unsere Einschätzungen – im Unterschied zu den Umdeutungen in der herrschenden Geschichtsschreibung. Letztere bedient sich wie heutige Schulbuchautoren für *gegenwärtige* Bedürfnisse antikommunistischer Geschichtsschreibung *damaliger* Lügen.

5 Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), vom 25. März 2013

Resümiert man die historischen Tatsachen, so lautet das *Fazit*:

Die bürgerlichen Parteien sind zwischen Juli 1932 und Juli 1933 weitgehend den Erwartungen der faschistischen Führung auf dem Weg zur Errichtung der Diktatur nachgekommen. Zweckdienliche Zugeständnisse, Manöver und Nötigungen der Nazis waren erfolgreich. Wie von ihnen einkalkuliert, blieben Vorbehalte und Gegenwehr – sofern überhaupt angedeutet – schwächlich und letztlich wirkungslos. Ihren strategischen Zielen untergeordnet, wurden von Hitler und Konsorten sämtliche taktischen Ziele in den Machtzentralen Reichspräsident, Reichstag, Reichsregierung, Verfassung sowie beim vorübergehend gewünschten friedenspolitischen Image realisiert. Die entmachteten Parteien und Politiker wurden mit Fußtritten entlassen sowie das Mehrparteiensystem, die Reste von Rechtsstaatlichkeit und Humanität, durch einen Mix von Unterdrückung und Kapitulation, Demagogie und Terror liquidiert.

Was verbindet – neben vielem anderen – heutiges Beschwichtigen und Versagen gegenüber Rechtsterrorismus und Rassismus mit den Ereignissen von 1932/33? Die zentrale Folgerung dieses Beitrags dazu lautet: Es kann und wird keine an die Wurzeln reichende, konsequente Aufklärung und Lehre beispielsweise aus dem Versagen gegenüber dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), aber auch hinsichtlich der Versäumnisse, Halbheiten und Entstellungen in mehr als sechzig Jahren Bundesrepublik geben, wenn nicht endlich die Schuldfragen von 1932/33, die Schlussstrichpolitik ab September 1949 sowie die seitherigen Verdrängungen und Entstellungen bis zu den gesellschaftspolitischen und ideologischen Quellen und Triebkräften, bis zu den Hauptverantwortlichen, Opfern und Auswirkungen schonungslos aufgearbeitet und öffentlichkeitswirksam dargestellt und vermittelt werden. Mit militantem Antikommunismus als Leitmotiv und Kern der Identitätsstiftung der Bundesrepublik Deutschland kann es im Geschichtsbild wie bei Zukunftsentwürfen keinerlei wirklichen Neubeginn geben.

Mitte-Rechts-Regierung im September 1949 in Bonn Schlussstrichpolitik und antikommunistische Kontinuität

Nachdem das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft getreten war, rückte die erste Bundestagswahl in den Mittelpunkt der parteipolitischen Auseinandersetzungen in den drei Westzonen. Der 73jährige Konrad Adenauer, Vorsitzender der CDU der Britischen Zone und 1948/49 Präsident des Parlamentarischen Rates, nahm unverzüglich das Ringen um eine bürgerliche Mehrheit in Angriff. Er drängte in Reden, Gesprächen und Briefen auf die christlich firmierte, bürgerliche Sammlung. Es sei der Kampf um jede Stimme für das Ziel zu führen, unbedingt einen Wahlsieg der SPD oder gar eine sozialdemokratisch-kommunistische Parlamentsmehrheit zu verhindern. Im Brief vom 22. Juli 1949 an Oberkirchenrat Adolf Cillien, Hannover, ist beispielsweise zu lesen: „Oberstes Ziel für den Bundestag ist, wie Sie wissen, Verhütung einer sozialistisch-kommunistischen Mehrheit. Bitte bei Verhandlungen mit anderen Parteien dieses Ziel unter allen Umständen als vornehmstes zu berücksichtigen.“¹

Gegenüber Karl Arnold (CDU), Ministerpräsident in NRW, beschwor Adenauer am 21. Juni 1949 den „sehr großen Schaden“, den sozialdemokratischer „Einfluss auf den Kapitalmarkt und in personeller Hinsicht“ herbeiführen könne: Es gelte, „den Kapitalmarkt den parteipolitischen Direktiven zu entziehen.“² Er wandte sich in persönlichen Schreiben an Unternehmer, um sie für die Kandidatur zum Bundestag zu gewinnen. Das geschah mit Erfolg im Fall des Industriellen Günter Henle, Teilhaber der Klöckner-Werke, sowie mit dem Bankier und Mitglied im Aufsichtsrat zahlreicher Unternehmen Robert Pferdenges, mit dem (und dessen Frau Dora) Adenauer seit langem persönlich verbunden war. Insgesamt war er mit dem parteipolitischen Engagement von Führungspersonen aus der Wirtschaft für die Union schließlich nicht zufrieden.

CDU und CSU wurden mit der Wahl am 14. August 1949 knapp vor der SPD stärkste Fraktion. Bereits am folgenden Wochenende – am 21. August – dominierte Adenauer die Beratung einflussreicher Unionspolitiker – darunter Franz Josef Strauß von der CSU – in seinem Wohnhaus in Rhöndorf. Gegen andere innerparteiliche Bestrebungen formierte er die Mehrheit gegen eine Große Koalition. Unbedenklich deutete er das Wahlergebnis als angeblich eindeutiges Votum der Bevölkerung der Westzonen gegen Sozialisierung und planwirtschaftliche Orientierungen. Nach der Konstituierung des Bundestages am 7. September und der Wahl von Theodor Heuss (FDP) zum Bundespräsidenten am 12. September wurde Adenauer am 15. September 1949 mit 202 von 402 Stimmen zum ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland ge-

1 Adenauer. Briefe 1949-1951. Bearbeitet von Hans Peter Mensing, Berlin 1968, S. 64

2 Ebenda, S. 37f.

wählt. Er bildete mit vier Parteien eine bürgerliche Koalitionsregierung: CDU, CSU, FDP und Deutsche Partei (DP). Einzelne Partner brachten dafür bemerkenswerte Voraussetzungen mit: CSU und DP hatten das Grundgesetz vom 8. Mai 1949 abgelehnt. Die DP und große Teile der FDP forderten im Bundestagswahlkampf eine Generalamnestie für – in ihrer Sicht „sogenannte“ – Nazi- und Kriegsverbrecher. Letzteres war kein Hindernis für die Koalition, da sich die Differenz zur Mehrheit beider Unionsparteien nicht auf dieses Ziel, sondern nur auf die Art und Weise bezog, wie es zu realisieren sei.

Kabinett als rechtsbürgerliche Sammlung

Diese Regierungsbildung nach Hitler schloss mit der SPD und der KPD jene Parteien aus, die seit den zwanziger Jahren und insbesondere zwischen 1933 und 1945 vor allem antifaschistischen Widerstand geleistet und seitens der Parteien und ihnen nahestehenden Schichten und Organisationen – darunter die Gewerkschaften – den höchsten Blutzoll entrichtet hatten. Sie waren 1932/33 von den Kungeleien um die Regierungsbeteiligung der NSDAP ausgeschlossen worden. Linke werden – sofern sie wirkliche Alternativen vertreten – stets von der Rechten als störende Faktoren bei der Realisierung antidemokratischer Ziele angesehen und behandelt. Scharfe Attacken der konservativen Kreise gegen die SPD im Wahlkampf 1949 und die bald offen einsetzende Unterdrückung der Kommunisten begleiteten diese Weichenstellung und sollten sie unumkehrbar machen. Es war, wie es Kurt Schumacher am 21. September im Bundestag formulierte, „der deutsche Besitz, der ja in seiner überwiegenden Mehrzahl hinter der neuen Bundesregierung steht“. Es handele sich um „eine in Sachen der Besitzverteidigung sehr unsentimentale Regierung“.

Was begründet die Charakteristik als Mitte-Rechts-Regierung? Um eine parlamentarische Mehrheit zu gewinnen, zögerte Adenauer nicht, sich einer weit nach rechts außen reichenden Basis von Parteien, Mitgliedschaften und Wählern zu versichern. Das lässt sich auffällig an der rechtskonservativen DP illustrieren, die im Parlamentarischen Rat durch Wilhelm Heile und Hans-Christoph Seebohm vertreten war. Sie vertrat auch rechtsextreme Herkunft und Vorstellungen. 1945 war sie als Niedersächsische Landespartei (NLP) gegründet worden, die sich in der Tradition der konservativ-monarchistischen, antipreußischen Deutsch-Hannoverschen Partei (1866-1933) – die *Welfen* – sah. 1947 benannte sie sich mit überregionalem Anspruch in DP um. Adenauer hatte sie auch auf Landesebene längst als bürgerlich-antisozialistischen Partner ins Kalkül gezogen.

Im Wahlkampf des Sommers 1949 trat diese Rechtspartei demonstrativ mit den Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot auf. In einem Brief vom 14. September 1949 teilte ihr Vorsitzender Heinrich Hellwege Adenauer 19 Punkte mit, deren Erfüllung Voraussetzung für den Eintritt in eine gemeinsame Regierung sei.

Kernpunkte waren die Belange der Vertriebenen sowie aller Beamten und Wehrmichtsangehörigen des Dritten Reiches, die Beendigung der Entnazifizierung, die Ablehnung einer „politischen Bodenreform“ und jeder Art von Sozialisierung. Bis auf einen Vorbehalt bezüglich der Forderung, ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer rundum abzulehnen, stimmte Adenauer noch am gleichen Tag allen Erwartungen an das künftige Regierungsprogramm zu.

Im ersten Kabinett Adenauer war die DP durch Hellwege und Seebohm vertreten. Letzterer gehörte den Bundesregierungen – ab 1960 in der CDU – bis 1966 an, die letzten drei Wochen als Vizekanzler. Er war – zugleich als führender Politiker der Sudetendeutschen Landsmannschaft – einer der militantesten Verfechter revanchistischer Forderungen und erregte damit wiederholt selbst bei Hohen Kommissaren der Alliierten Missfallen. In Reden dieses Bundesministers findet sich der nazistische Jargon vom „Grenzlandkampf“ und der Erhaltung des „nationalen Volkstums“. In seinen Erinnerungen würdigte F. J. Strauß die Nähe seiner Partei zur DP, die „in gewisser Weise also ein niedersächsisches Pendant zur CSU“ gewesen sei.

Die FDP hatte sich im Dezember 1948 als Bundespartei konstituiert und Heuss zum Vorsitzenden gewählt. Im Unterschied zu dessen Image, zum südwestdeutschen Habitus von Liberalität überhaupt, begriff sie „sich mehrheitlich als rechts von der Union stehend und wählte später dementsprechend ihren Platz in der Sitzordnung des Bundestages. Das entsprach durchaus der Herkunft, dem Standpunkt und der politischen Vorstellungswelt beträchtlicher Teile ihrer Mitglieder- und Wählerschaft. In verschiedenen Landesverbänden – insbesondere in Schleswig-Holstein, NRW und Bayern – wurde sie über lange Jahre hinweg und bis in Führungsgremien zu einem Sammelbecken von Alt- und Neonazis, die zeitweise durchaus bestimmenden Einfluss gewannen.“³ Im Bundestagswahlkampf 1949 plakatierte die FDP in NRW: „Schlußstrich drunter! Schluss mit Entnazifizierung, Entrechtung, Entmündigung. Schluss mit dem Staatsbürger 2. Klasse. Wer staatsbürgerliche Gleichberechtigung will Wählt FDP bisher LDP“.⁴

Ulrich Herbert hat in seiner Studie über den im September 1948 in Kopenhagen zum Tode verurteilten, im August 1951 durch die Bemühungen der Bundesrepublik begnadigten und in die BRD abgeschobenen Nazi- und Kriegsverbrecher Werner Best die Netzwerke zugunsten umfassender Amnestierung und Rehabilitierung auch schwerbelasteter NS-Täter dargestellt. Mit zuverlässigem Rückhalt in Kreisen der Wirtschaft reichen sie von unbelehrba-

3 Ludwig Elm: Der deutsche Konservatismus nach Auschwitz. Von Adenauer und Strauß zu Stoiber und Merkel, Köln 2007, S. 86

4 Nach dem Faksimile in: Günter Gleising unter Mitarbeit von Klaus Kunold: 60 Jahre Tätigkeit der VVN in Bochum und Wattenscheid, Teil 1: 1946-1972, Bochum 2006, S. 24

ren Nazigrößen und ihren Gehilfen, Vereinen und Verbänden bis zu Politikern und Gremien der Regierungsparteien, Behörden, Juristen, Professoren, Journalisten u.a. Herbert hob die Initiative der FDP für diese Ziele hervor, die Anfang 1951 im Landtag von NRW einen Antrag auf faktische Generalamnestie einbrachte. In ihrem Umfeld konnten auch nunmehr unbehelligte Haupttäter wie Best wirksam werden: Es gelang „außer den leitenden Ministerial- und Justizbeamten auch den ehemaligen Spitzen von Sicherheitspolizei und SD, in denen der Typus des, meist juristisch ausgebildeten, Akademikers aus der Mittel- und Oberschicht überwog, die Rückkehr in die Bürgerlichkeit auf zum Teil sehr hohem Niveau.“ Die Wirtschaft stellte – Teil ihrer „Bewältigung“ der eigenen Vergangenheit – Positionen zur Verfügung. „Nahezu alle, die aus der Führungsgruppe von Gestapo und RSHA stammten und in den Folgejahren mit Best wieder Kontakt aufnahmen, lebten in guten und sehr guten sozialen Verhältnissen.“⁵

Von der FDP traten im September 1949 der stellvertretende Parteivorsitzende Franz Blücher als Vizekanzler sowie Thomas Dehler und Eberhard Wildermuth als Bundesminister in die Regierung ein. Letzterer engagierte sich als ehemaliger Oberst und Regimentskommandeur neben seinem Ressort Wohnungsbau auch in der Militärpolitik. Er legte mit dem früheren Wehrmachtsgeneral und Adenauers Militärberater, dem späteren ersten deutschen Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa, Hans Speidel, 1950 dazu ein Memorandum vor. Charakteristisch, dass später mit Erich Mende ein Berufsoffizier der Wehrmacht Parteivorsitzender der FDP (1960-1968) wurde, der bei offiziellen Anlässen gern das ihm im Februar 1945 verliehene Ritterkreuz trug – Symptom des dumpfen, weithin einer verbrecherischen Vergangenheit verhafteten Klimas der Adenauer-Ära. Zugleich bezeugte dies die restaurative Fortschreibung der „Tragikomödie“ (Kurt Eisner) des deutschen Liberalismus.

In den Unionsparteien wurden ab 1948/49 unter der autoritären Führung Adenauers die auf eine Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft orientierten Gruppen (Ahlemer Programm) definitiv zurückgedrängt. Das galt auch für jene von Karl Arnold, Jakob Kaiser und anderen zeit- und ansatzweise vertretenen Positionen einer Großen Koalition sowie eines eher neutralistischen deutschen Weges in der Außen- und Sicherheitspolitik. Mit der Konstituierung der Bundesrepublik prägte die Schlussstrichpolitik den Umgang mit der jüngsten Geschichte. Sie diente der sozioökonomischen und institutionellen Restauration und öffnete den Weg zu skrupellosesten personellen Kontinuitäten, auch in den Führungspositionen aller gesellschaftlichen Bereiche. Das schloss die

5 Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903-1989, Bonn 1996, S. 475

Dominanz eines militanten Antikommunismus ein, in dem Tendenzen und Elemente des nazistischen Antibolschewismus fortlebten, und dem eine Schlüsselrolle in der bundesdeutschen Identitätssuche zuwuchs.

Die CSU absolvierte diesen Weg unter dem früheren Oberleutnant und Offizier für wehrgeistige Führung der Wehrmacht, Strauß, als Landesgeschäftsführer (1948) und Generalsekretär (ab 1949). Er stand von Anbeginn, nicht erst als Bundesverteidigungsminister (1956-62), Adenauer bei der Wiederaufrüstung bis zu Plänen der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr zur Seite. Die CSU bildete mit dem rechten Flügel der CDU einen militanten Block, der konservativ-militaristische Traditionen, einen entschiedenen Antisozialismus und die Gegnerschaft zu antifaschistischen und pazifistischen Bewegungen pflegte. Strauß hat die KZ-Gedenkstätte Dachau niemals besucht. 1966 äußerte er die Hoffnung, „dass die Vergangenheit nicht ein ständiges Hindernis für die Zukunft bleibt, dass man früher oder später einen Strich unter das Jahr 1945 ziehen kann.“ Die Deutschen wünschen, „nicht für alle Ewigkeit unter der Vergangenheit leiden zu müssen.“⁶ Zu diesem Zeitpunkt war die grundsätzliche öffentliche Auseinandersetzung mit jener Vergangenheit in der Bundesrepublik noch nicht einmal begonnen worden.

Restauration bedurfte der Verdrängung der jüngsten Geschichte

Die konstituierende Sitzung des ersten Deutschen Bundestags am 7. September 1949 wurde vom Alterspräsidenten Paul Löbe (SPD) eröffnet, der von 1920 bis 1932 (mit kurzer Unterbrechung 1924) Präsident, 1932/33 Vizepräsident des Reichstages war. Er bezeichnete das Ermächtigungsgesetz für Hitler vom 23. März 1933 als illegalen Akt: „Der Widerstand dagegen war eine patriotische Tat. (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig! - Abg. Reimann: Wieviele Abgeordnete sitzen hier, die dafür gestimmt haben! - Abg. Rische: Sehr richtig!).“ Nicht frei von zwiespältigen Aussagen, erinnerte Löbe an Verbrechen, Schuld und Opfer in den Jahren der NS-Diktatur und des Krieges. Der neu gewählte Bundestagspräsident Erich Köhler (CDU) beließ es in seiner Ansprache bei pathetischen Ankündigungen sowie einer unverbindlichen Floskel bezüglich „der hinter uns liegenden Staats- und Weltkatastrophe“.

Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) legte in der abendlichen gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 12. September 1949 seinen Amtseid ab. In einer Ansprache äußerte er, es sei eine Gnade für Einzelne und für Völker, vergessen zu können. „Aber meine Sorge ist, dass manche Leute in Deutschland mit dieser Gnade Missbrauch treiben und zu rasch vergessen wollen.“ Es müsse ein Gespür für das bleiben, was dorthin geführt habe, wo wir

6 Franz Josef Strauß: Entwurf für Europa, Stuttgart, 2. Aufl. 1966, S. 145

heute sind: „Aber wir dürfen es uns nicht so leicht machen, nun das vergessen zu haben, was die Hitlerzeit uns gebracht hat.“

Was sind hauptsächliche Indizien und Fakten, die es nahelegen, die Geschichtspolitik der frühen Bundesregierung als Schlussstrichpolitik zu charakterisieren? Es handelt sich um ein wechselseitig verflochtenes Geschehen, zu dem u. a. gehören: Inhalt und Orientierung der ersten Regierungserklärung und die dazu geführte Plenardebatte; die Erarbeitung und Annahme des ersten Straffreiheitsgesetzes (Dezember 1949); die Art und Weise der Beendigung der Entnazifizierung; die förmliche und faktische Vorbereitung des Gesetzes zu Art. 131 GG; die weitgehende Einstellung der Ermittlungen zu Nazi- und Kriegsverbrechen; die Einrichtung der Zentralen Rechtsschutzstelle beim Bundesjustizministerium (1949) zur Hilfe für im Ausland angeklagte und verurteilte oder in Haftanstalten anderer Länder einsitzende Deutsche; die verweigerte Auslieferung von NS- und Kriegsverbrechern an die Orte und Länder, wo sie ihre Untaten begangen hatten (Art. 16, Abs. 2, GG); die Initiativen zur Begnadigung und Freilassung aller inhaftierten oder angeklagten NS- und Kriegsverbrecher bei den westlichen Alliierten; die weitgehende Missachtung der Gebote von Aufklärung, Wiedergutmachung und Rehabilitierung zugunsten *aller* Opfer des Faschismus im In- und Ausland; die andauernde Diskriminierung und Ächtung von Verfolgten, EmigrantInnen und WiderstandskämpferInnen, darunter der Deserteure; das Desinteresse an der Rückkehr von EmigrantInnen; die staatliche Entrechtung und Unterdrückung der KPD, ihr nahestehender Organisationen, Gruppen und Persönlichkeiten sowie weiterer, der herrschenden Politik kritisch gegenüberstehender Personen und Initiativen.

Nachdem Adenauer mit den 13 Bundesministern aus CDU, CSU, FDP und DP am 20. September vereidigt worden war, gab er seine Regierungserklärung ab. Sie ist am zeitgeschichtlichen Hintergrund und den Erfordernissen eines Neubeginns nach Hitler zu messen. Die umfängliche Rede stellte die riesigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Nachkriegssituation sowie darauf bezogene Aufgaben und nächste Ziele in den Mittelpunkt. Sie übergeht Fragen nach Ursachen und Charakter, Dimension und Auswirkungen der bis Mai 1945 begangenen europaweiten Verbrechen sowie nach grundlegenden Schlussfolgerungen aus diesem opferreich beendeten Irrweg. „In seiner gesamten Rede findet sich kein Wort über die Aggressionen Nazideutschlands gegen zahlreiche europäische Länder, deren jahrelange Okkupation und über die Millionen Opfer in Polen, der UdSSR, in Jugoslawien und vielen weiteren Ländern; kein Wort über das Jahrhundertverbrechen gegenüber dem europäischen Judentum; kein Wort über das Schicksal von Millionen Zwangsarbeitern und von zehntausenden Opfern politischer und rassistischer Verfolgung seit dem 30. Januar 1933. Unerwähnt blieben die Vertreibung von politisch und rassistisch Missliebigen und Angefeindeten seit 1933, die Emigration, der antifaschistische

Widerstand und die Leistungen wie Opfer der Antihitlerkoalition. Da der neu-gewählte Regierungschef sich nicht zu all diesen Geschehnissen äußerte, sah er auch keinen Grund, zu den Herausforderungen von Schuld und Sühne, zu Wiedergutmachung und Rehabilitierung, zu nunmehr unumgänglichen, umfassenden Ermittlungen zu Verbrechen oder gar zu unverzüglicher und schonungsloser Geschichtsaufarbeitung Stellung zu nehmen.⁷

Die einzigen vom Bundeskanzler genannten Personengruppen, die er der umgehenden Aufmerksamkeit und Hilfe von Regierung und Parlament versicherte, waren die Pensionsregelungen für die Beamten und „Militärpersonen“ des Dritten Reiches, die Beendigung gerichtlicher Verfahren „gegen diejenigen Deutschen, die in den alliierten Ländern wegen behaupteter (! - L.E.) Kriegsverbrechen zurückgehalten werden“, sowie die in der Schlussphase des Krieges und danach geflüchteten und umgesiedelten Deutschen.

Die Adenauersche Regierungserklärung bot den Mitläufern und meisten Tätern des Verbrecherstaates – darunter Hauptverantwortliche in Politik, Wirtschaft, Justiz, Verwaltung und Militär – an, das Geschehene weitgehend auf sich beruhen zu lassen. Insbesondere sollten Fragen der Schuld einzelner sowie von Gruppen, Institutionen und Unternehmen nicht erörtert und aufgeklärt sowie Belange der Sühne und Wiedergutmachung nicht umfassend verfolgt werden. Der „Große Frieden mit den Tätern“ (Ralph Giordano) wurde zum Leitmotiv der Kanzlerdemokratie. Diese „gewisse Stille“ (Hermann Lübke) der Nachkriegszeit wurde im Januar 1983 auf einer offiziellen Veranstaltung in Berlin (West) anlässlich des 50. Jahrestages der Hitler-Regierung nahezu einmütig gefeiert. Sie bedeutete, die nationale *Versöhnung* zu Lasten des Antifaschismus und auf der Grundlage des antikommunistischen Feindbildes zu verwirklichen.

Die Beiträge der Koalitionsparteien in der Debatte zur Regierungserklärung vom 21. bis 29. September waren – historisch-politisch ignorant und moralisch abgestumpft – skandalös. Für den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Heinrich von Brentano, wurden nicht 1933, sondern „im Jahre 1945 die materiellen, die politischen, die wirtschaftlichen und die ethischen Werte Deutschlands zerschlagen und zerstört“. Diese Sichtweise bekräftigte sein FDP-Kollege Hermann Schäfer: „Dieser neue Staat kommt zustande im Gefolge einer militärischen Auseinandersetzung und eines militärischen Zusammenbruchs, der die Grundlagen und die Grundordnung des gesamten staatlichen Lebens der Vergangenheit zerstört und zerrüttet hat.“ Die deutsche Teilung sei das „größte Unheil der Erbschaft, die uns die fürchterlichen Jahre der Despotie“, „das Schlimmste, was die rasenden Machthaber hinterlassen haben“. Das Unrecht,

7 L. Elm, a. a. O., S. 76

so Linus Kather (CDU) „begann mit der Ausweisung von Millionen unschuldiger Menschen aus der angestammten Heimat“.

Die Weimarer Demokratie, äußerte Hans Ewers (DP), „ist an ihrer Handlungslosigkeit, ich möchte sagen, an ihren ungebügelten Hosen zugrundegegangen.“ Zuvor hatte er verkündet, der Banker und Nazi-Weggefährte Hjalmar Schacht sei „der typische Widerständler“ gewesen. Seine Diffamierung der demokratischen Flaggenfarbe als „schwarz-rot-gelb“ löste starke Unruhe und den Zuruf aus: „Wir halten hier keine Nazi-Reden!“ Ewers forderte, das Deutschlandlied als Hymne wieder einzuführen. Nachdem Walter Zawadil (FDP) ausschließlich zum „Los der Vertriebenen“, als Zeuge „des in der Menschheitsgeschichte noch nie dagewesenen völkerrechtswidrigen Verbrechens der brutalen Vertreibung von Millionen unschuldiger Deutscher“, gesprochen hatte, setzte Hans von Merkatz (DP) dies als vorrangiges Thema fort: „In den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie sind Dinge geschehen, die über jedes Maß hinaus furchtbar sind, (Abg. Rische: Meinen Sie Auschwitz?) dass kein Wort die Qual auszudrücken vermag, die tief in unsere Volksseele eingebrannt ist, unvergesslich als eine Last schier unüberwindbarer Bedrückung. (Sehr gut! rechts)“ Über „das ungeheure Unrecht der Verstümmelung unseres Vaterlandes“ sei nicht hinwegzukommen: „Verstümmelt ist unser Land, verwüstet sind unsere Seelen, verödet und ausgebrannt alles das, was redlicher Fleiß in Jahrhunderten dort für Deutschland geschaffen hat. (Abg. Rische: Reden Sie doch einmal darüber, warum alles so gekommen ist!) Diese Frage möchte ich nicht mit ihnen diskutieren.“

Die Debatte zeitigte weitgehende Übereinstimmungen von Kanzler und Rednern der Koalitionsparteien über die Sprecher kleiner Rechtsparteien wie Bayernpartei (BP) und WAV bis zu den Nazis der Fraktion *Nationale Rechte*: Weitgehendes Totschweigen der Verbrechen der NS-Diktatur, der Millionen Opfer in vielen europäischen Ländern, des Widerstandes und der Befreiung durch die Anti-Hitler-Koalition. Dieses postfaschistische Aufgebot der deutschen Rechten rückte einvernehmlich als schutz- und unterstützungsbedürftig die deutschen Vertriebenen und Kriegsgefangenen, die Opfer des Bombenkrieges, die Belange der Mitläufer und Täter der Diktatur in den Vordergrund. Sie orientierte darauf, Ermittlungen zu Nazi- und Kriegsverbrechen sowie die öffentliche Auseinandersetzung und Aufklärung zu Versagen, Schuld und Mitschuld zu beenden. Das schloss ein, den Antifaschismus zu marginalisieren oder ins Zwielicht zu rücken, da er dabei als Störfaktor wirken musste.

Die Ehrenrettung im Umgang mit der jüngsten Vergangenheit erfolgte durch Redner der Opposition, darunter Kurt Schumacher (SPD), Max Reimann (KPD), Helene Wessel (Zentrum) und Walter Fisch (KPD). Schumacher erwiderte auf einen Einwurf des FDP-Abgeordneten H. A. von Rechenberg: „Verzeihung, Sie waren doch zum großen Teil Nazis, und nicht Großbritannien,

wenn ich mich recht erinnere.“ Angesichts des Beifalls wie erregter Zwischenrufe fiel Präsident Köhler nur ein, auf die juristische Erledigung durch die Entnazifizierung zu verweisen. Er hatte wohl recht mit der Bemerkung: „Es wird die Aussprache hier erschweren, wenn derartige Kennzeichnungen erfolgen.“ Die Zugehörigkeit zu NS-Organisationen wurde durchweg verschwiegen und sie zu benennen war – getragen von einem breiten Interesse in Wirtschaft, Politik, Justiz, Wissenschaft und Publizistik – weithin tabuisiert.

Zu Reimanns Feststellung: „Die Oder-Neiße-Grenze ist die Grenze des Friedens“, vermerkt das Protokoll u.a.: Andauernde erregte Rufe: Pfui! Pfui! – Lärm – Erregte Zurufe: Abtreten! – Fortgesetzter Lärm – Schickt ihn nach Moskau! – Moskauer Agent! – Bezahlter Provokateur! – Anhaltende große Unruhe – Aufhören! Abtreten! Der Kommunist Reimann hatte jedoch die geschichtliche Legitimität jenes jahrzehntelang aggressiv bekämpften und verleumdeten Faktums auf seiner Seite.

Jüngste Vorgeschichte seit 1945

Die ideell-moralische Destruktivität der Parteien der Bonner Koalition hat neben der längeren Vorgeschichte seit 1848/49, 1871, 1919 und 1933 auch eine unmittelbare seit ihrer Konstituierung ab 1945. Eike Wolgast hat die „Wahrnehmung des Dritten Reiches“ 1945/46 durch die Parteien und politischen Organisationen, die Kirchen und die Universitäten untersucht. Einzelne frühe und regionale bemerkenswerte Einsichten gab es auch in der Gründungsphase von CDU, CSU und Teilen der FDP. Sie wurden rasch verdrängt durch das Bestreben, die kritische historisch-politische und sozioökonomische Analyse zu verwässern und aufzulösen. Die christlich-demokratischen *Kölner Leitsätze* vom September 1945 beschränkten das Totengedenken „auf die deutschen Opfer, die Gefallenen und im Bombenkrieg Umgekommenen sowie die ‚Blutzeugen des christlichen Glaubens und der bürgerlichen Freiheit‘, während die Juden nicht erwähnt wurden.“⁸

Im Programm der CDU der britischen Zone vom 1. März 1946 in Neheim-Hüsten sei vom Faschismus nur noch als jener Weltanschauung und jenem Ungeist die Rede gewesen, „die uns in dieses Elend geführt haben“. Über die Träger des Naziregimes sowie über die Regimeopfer fehle jede Aussage. In der Grundsatzrede vom 24. März 1946 in Köln wies Adenauer einer von ihm

8 Eike Wolgast: Die Wahrnehmung des Dritten Reiches in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945/46), Heidelberg 2001, S. 129. Es ist symptomatisch für die neuere deutsche Geschichtsschreibung, dass – auch bei Wolgast – Defizite vielfach nur zum Thema der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden benannt werden. Die gleichzeitigen, ebenfalls Millionen Opfer fordernde Eroberung und Okkupation einschließlich jahrelanger Exzesse in zahlreichen europäischen Ländern – darunter insbesondere in Polen, der Sowjetunion und Jugoslawien – bleiben häufig unerwähnt.

nur diffus charakterisierten materialistischen Weltanschauung eine entscheidende Verantwortung für die Genese des Nationalsozialismus, aber damit dem Marxismus und den Arbeiterparteien eine erhebliche Mitschuld zu. „Über das Verhalten des deutschen Bürgertums sagte Adenauer in diesem Zusammenhang nichts, ebenso wenig über das Zentrum.“ Er erwähnte die „Judenverfolgung und -vernichtung“ mit keinem Wort.⁹

Bezüglich des Neugründungsprozesses der FDP stellt Wolgast für 1945/46 fest: „Gegenüber den Verlautbarungen der südwestdeutschen DVP und ihrer Repräsentanten fielen die programmatischen Aussagen der anderen Landesverbände der amerikanischen Besatzungszone inhaltlich dürftig aus, soweit sie sich mit der unmittelbaren Vergangenheit beschäftigten“.¹⁰ In einem 16-Punkte-Programm der bayerischen FDP von 1946 habe es „keinerlei Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Drittem Reich“ gegeben. Die beim liberalen Zusammenschluss zur FDP Ende 1948 verabschiedete *Heppenheimer Proklamation* sei auf die NS-Vergangenheit überhaupt nicht mehr eingegangen. Die DP blieb in der Darstellung von Wolgast unberücksichtigt.

Die Grenzen zwischen den rechten Fraktionen im Bundestag waren fließend. Der auf FDP-Liste gewählte Heinrich Leuchtgens schloss sich der Fraktion *Nationale Rechte* an. Gemeinsam mit Nazis dieser Gruppe stellten Abgeordnete der DP bereits am 29. September den Antrag, das *Deutschlandlied* „in seiner ursprünglichen unveränderten Form als Bundeshymne“ anzunehmen. (Drucksache Nr. 67) Zwei Wochen später beantragte die FDP-Fraktion förmlich die „Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung für Militär-Pensionäre und deren Hinterbliebene“. (Drucksache Nr. 96) Am 3. November forderte sie die „Wahrung der Eigentumsrechte der Aktionäre der IG Farbenindustrie“; entgegenstehende Gesetze des Alliierten Kontrollrates und der amerikanischen Militärregierung sollten aufgehoben werden. (Drucksache Nr. 164) Parlamentarier von DP und FDP beantragten mit der Fraktion *Nationale Rechte* und zwei Abgeordneten der WAV, „beim Bundesminister für Justiz eine besondere Rechtsschutzabteilung einzurichten, die den fortdauernden Rechtsschutz aller Deutscher wahrzunehmen hat, die von Gerichten fremder Staaten verurteilt sind oder von fremden Behörden in Gewahrsam gehalten werden“. (Drucksache Nr. 169) Dem Antrag wurde seitens der Regierung umgehend entsprochen und die großzügig ausgestattete Abteilung unverzüglich zugunsten von NS-Tätern wirksam.

Das ab September 1949 als vordringlich erarbeitete und im Dezember verabschiedete Straffreiheitsgesetz amnestierte Straftaten, für die bis zu sechs Monaten Haft (und daneben bis zu 5000 Mark Geldstrafe) verhängt oder vor-

9 Ebenda, S. 136

10 Ebenda, S. 161

gesehen waren. Nach U. Herbert „waren davon mehr als 700.000 Einzelfälle betroffen, darunter vermutlich mehrere zehntausend NS-Täter. Und angesichts der zum Teil außerordentlichen milden Urteile wurden hier z.B. auch solche Straftäter amnestiert, die aktiv an den Pogromen im November 1938 teilgenommen hatten.“¹¹ Norbert Frei hat die Entstehung dieses Gesetzes detailliert rekonstruiert und hob seine politische Signalwirkung hervor. Es handele sich bei der Amnestie „um einen Akt von hochgradiger politischer Symbolik“: „Erstmals bestätigte sie auf bundesstaatlicher Ebene jene ‚Schlußstrich‘-Mentalität, die in Teilen der deutschen Nachkriegsgesellschaft bereits ab 1946/47 entstanden und weiter im Wachsen war. Ungeachtet der anderslautenden Postulate der demokratischen Parteien bedeutete das Straffreiheitsgesetz den Einstieg in eine rasch fortschreitende Delegitimierung der Verfolgung von NS-Straftaten – und in ständig weiter ausgreifende Amnestieforderungen bis hin zum unverblühten Ruf nach einer selbst schwerste Kriegsverbrecher einschließende ‚Generalamnestie‘.“¹²

Frei beschrieb die Fortsetzung dieses Weges mit der „Liquidation“ der Entnazifizierung“ sowie der „Rehabilitierung und Versorgung der 131er“. Am 10. April 1951 wurde das „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen“ vom Bundestag verabschiedet und trat nach Zustimmung des Bundesrates rückwirkend zum 1. April 1951 in Kraft. Es anerkannte prinzipiell die im Dritten Reich erworbenen Pensionsanswartschaften sowie die Ansprüche auf Wiedereinstellung und Fortsetzung der jeweiligen beruflichen Karrieren. „Für den kritischen Zeitgenossen, gar den ehemals Verfolgten, der 1945 die unwiderrufliche Ablösung der korumpierten Eliten erwartet hatte und für eine grundlegende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft eintrat, war es gewiss deprimierend, die massenhafte Rückkehr der früheren Beamten beobachten zu müssen. Die Hitler den Staat gemacht hatten – kaum zehn Jahre später waren sie, soweit nicht in Pension, fast alle wieder in Amt und Würden.“¹³ Mit dem Straffreiheitsgesetz (17. Juli 1954) und der Verjährung für Totschlag mit Todesfolge (9. Mai 1960) wurden zielstrebig weitere Schritte zugunsten von Tätern der NS-Diktatur vollzogen.

Primat des Antikommunismus

Die Schlußstrichpolitik der Gründungs- und Anfangsphase bewirkte:

- Es gab keine Gestapo-, SD- und SS-Unterlagenbehörde und keine rigorose Aktenöffnung – keine Aussetzung des Datenschutzes für wirkliche oder vermeintliche Täter; keine Enquete-Kommissionen des Bundestages, um

11 U. Herbert, a.a.O., S. 439

12 Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996, S. 53

13 Ebenda, S. 98f.

die europaweiten Verbrechen der Diktatur aufzuarbeiten und ihre Folgen zu überwinden; keine Bundesstiftung zur weiteren Aufarbeitung des Verbrecherstaates und des bis 1945 Geschehenen sowie für die nachhaltige Unterstützung *aller* Verfolgten und Opfer sowie des Widerstands;

- Verzicht auf Ermittlungen und Verfahren oder deren Einstellung, frühestmögliche Amnestien und Verjährungen, Freisprüche, verweigernde Auslieferungen, Begnadigungen oder Haftverschonung sowie unverhältnismäßig niedrige Strafen – zugunsten unzähliger, mehr oder weniger erheblich an NS- und Kriegsverbrechen beteiligter Personen;
- jahrzehntelang gab es keine Verantwortung des Bundes für eine Erinnerungs- und Gedenkstättenpolitik, die Millionen Opfern verpflichtet gewesen wäre; mehr als ein halbes Jahrhundert wurde kein Anlass für einen Tag des Gedenkens an die Befreiung von der Nazibarbarei und an alle Verfolgten, Opfer und Widerständigen gesehen;
- der Primat des Antikommunismus wurde gewahrt sowie damit die Chance, ihn ab 1990 in Gestalt eines rechtsgerichteten Totalitarismuskonzepts für die dauerhafte und fortschreitende Relativierung des Verbrecherstaates, die Ächtung der DDR und die geschichtsfälschende Legitimation der großbürgerlich-aristokratischen Oberschichten und ihres Umfeldes zu mobilisieren.

In Edgar Wolfrums Darstellung bundesdeutscher Geschichtspolitik findet sich dazu, wie das zuletzt genannte Hauptanliegen verfolgt wurde, ein bemerkenswerter Zugang. Er beschreibt die Probleme und Symptome der Suche nach einer historisch und gesellschaftlich fundierten Identitätsstiftung der Bundesrepublik ab 1949 und erörtert die Frage, warum „war die historisch-politische Sinnstiftung, die dem Aufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR im Westen widerfuhr, von so überragender Bedeutung für alle zukünftigen geschichtspolitischen Kontroversen?“¹⁴ Er skizziert die damalige hypertrophierte und hysterische Wahrnehmung und Deutung der Ereignisse um den 17. Juni in der Bundesrepublik sowie damit einhergehende politische Umtriebe. Deren alles einigende Band war „der zeittypische Antikommunismus“. Die antitotalitäre Deutung habe den 17. Juni mit dem 20. Juli 1944 parallelisiert und dabei ein doppeltes Ergebnis gezeitigt: „Einerseits wurde durch die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und SED-Diktatur nicht nur die Totalitarismus-Theorie populär, die in die Tiefenschichten der Gesellschaft eindrang, sondern die meisten Deutschen, das machten Umfragen deutlich, hielten die SED-Diktatur für schlimmer als die NS-Diktatur.“¹⁵ Erst die behauptete „Wesensidentität der braunen und der roten Diktatur“ sowie die „Parallelisierung der beiden Auf-

14 Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999, S. 54

15 Ebenda, S. 78

stände“ habe den 20. Juli 1944 in der bundesdeutschen Öffentlichkeit aufgewertet und positiv besetzt.

Mit anderen Worten: Nur mit Hilfe antikommunistischer Krücken vermochte die postfaschistische bürgerliche Gesellschaft sich allmählich mit dem antifaschistischen Widerstand – allerdings bis heute hauptsächlich mit dessen für sie politisch kompatiblen Gruppen – auszusöhnen. Die Fortsetzung erfolgte rund vier Jahrzehnte später und verdeutlicht, dass es sich um konstitutive ideologische Grundbefindlichkeiten der Bundesrepublik handelt: Erst beginnend mit der rigorosen Abrechnung mit der DDR wird eine Verantwortung des Bundes für Gedenkstättenpolitik konzipiert. Die dominant antikommunistische Sichtweise erlaubte nunmehr, in unbedingter Verknüpfung mit der DDR auch die Erinnerung an viele Millionen Opfer der Nazidiktatur in eine gesamtstaatliche Zuständigkeit aufzunehmen. Aufschlussreich belegte dies die – unter Beteiligung der Enquete-Kommission zur „SED-Diktatur“ – als Öffentliche Anhörung angelegte Sitzung des Bundestags-Innenausschusses im März 1994, der sich erstmalig seit 1949 dem Thema „Beteiligung des Bundes an Mahn- und Gedenkstätten“ zuwandte. Die Tagung fand in der wegen der „doppelten Vergangenheit“ des Lagers ausgewählten Gedenkstätte Sachsenhausen statt. Das Hauptanliegen bestand darin, die sowjetische Besatzungsmacht, die SED und die DDR neben die NS-Diktatur und ihre Verbrechen zu stellen. Nebenbei: Es war nach der Vorgeschichte auch keineswegs zufällig, dass der vergrößerten Bundesrepublik nach 1990 nur im Gebiet der ehemaligen DDR repräsentative KZ-Gedenkstätten zur Verfügung standen.

Kurt Finker hat den ideologiegeschichtlichen Kontext dieser vergangenheitspolitischen Grundprozesse in den Westzonen und der frühen Bundesrepublik für das Nachkriegsjahrzehnt dokumentiert und kommentiert. Die Quellen umfassen ein breites Spektrum von links bis rechtsaußen. Er zitiert aus einer von ihm 1963 angefertigten Analyse von 80 westdeutschen Lehrmaterialien zur Geschichte aus den Jahren 1949 bis 1961, speziell zu ihren Aussagen zu Zweitem Weltkrieg und zum Widerstandskampf: „Von diesen 80 Büchern bringen 21 nichts über den antifaschistischen Widerstandskampf; 59 behandeln das Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 als Höhepunkt und die Verschwörergruppe als das Haupt der deutschen Widerstandsbewegung, wobei in der Mehrzahl dieser Bücher Goerdeler und die Generale im Mittelpunkt stehen; 19 Bücher erwähnen Stauffenberg; 29 Bücher berichten über die kirchliche Opposition gegen Hitler, und ganze sieben Bücher erwähnen auch Arbeiter als Kämpfer gegen den Faschismus.“¹⁶ Nur in vier Büchern sei die Rede davon, dass auch die Kommunisten zu den Gegnern des Faschismus gehörten. Die

16 Kurt Finker: Der Dämon kam über uns. Über die Aufarbeitung von Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands (1945-1955). Hrsg. v. Friedrich-Martin Balzer. Mit e. Geleitwort v. Otto Köhler, Bonn 2008, S. 320

personellen und ideologischen Kontinuitäten sowie die Rehabilitationsbedürfnisse der bürgerlich-aristokratischen Oberschichten schlugen sich auch im Geschichtsunterricht nieder. Beträchtliche Gruppen der Historiker und Geschichtslehrer bewältigten auf diese Weise zugleich ihre eigene Vergangenheit.

Ab 1958 trat ein relativer Wendepunkt im Umgang mit NS-Vergangenheit ein. Er bedeutete noch keine fundamentale Korrektur und Umkehr bezüglich dessen, was geschehen war, darunter zu Schuldfrage und Wiedergutmachung. Doch Ermittlungen, Anklagen und Verfahren zu den Großverbrechen und Massenmorden waren nicht mehr vermeidbar. Das zeigten und beförderten u.a. der Ulmer Einsatzgruppenprozess 1958, die Schaffung der Zentralen Stelle in Ludwigsburg 1958, der Eichmann- und der Auschwitzprozess ab 1960. Um Beschönigungen des Wandels vorzubeugen: Die „kalte Amnestie“ setzte sich fort mit Einstellung von Ermittlungen und Verfahren, Freisprüchen, unangemessen mildem Strafmaß, vorzeitigen Entlassungen oder Haftverschonungen.

Eine Bilanz muss notwendig den Wesenszusammenhang von Restauration und Vergangenheitsverdrängung benennen. Es konnte in Deutschland nach der Vorgeschichte seit 1871 und 1914 keine Bewahrung oder Wiederherstellung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse und bürgerlich-aristokratischer Hierarchien und Ideenwelten geben ohne die jüngste Geschichte zu verzerren und zu verdrängen. Beide Grundprozesse bedingten sich gegenseitig. Der restaurative Führungsanspruch gegenüber den Arbeiterparteien, Gewerkschaften, pazifistischen, linksliberalen und radikaldemokratischen Richtungen und Gruppen war durch die Geschehnisse und Verläufe spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts sowie ihre Resultate nicht legitimiert. Neben anderen hatte dies 1945/46 auch der westdeutsche SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher wiederholt und mit größter Entschiedenheit so benannt. Die ideell-politische Logik der Restauration eliminierte solche zutreffenden Urteile und Folgerungen. Seither werden diejenigen marginalisiert und denunziert, die solch zutreffende Analysen gegen das erdrückende Übergewicht der herrschenden Ideologie weiterhin vertreten.

Seit 1999 lebt der Primat des Antikommunismus im Bundeskonzept der Erinnerungs- und Gedenkstättenpolitik parteienübergreifend – außer PDS/DIE LINKE – in der Formel fort, im Mittelpunkt müsse die Erinnerung an „beide deutsche Diktaturen und ihre Opfer“ stehen. Sie signalisiert die geschichtspolitische Strategie und ideologische Ambition, die DDR definitiv zu delegitimieren und zu ächten und die faschistische Barbarei zu historisieren und zu relativieren. Beide Momente dienen dazu, die geschichtliche Legitimation der bürgerlichen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse sowie ihrer politischen Akteure und Repräsentanten dauerhaft aufzuwerten und deren apologetische Selbstdarstellung zu befördern.

Quellenangaben zu den vorstehend abgedruckten Beiträgen:

„Viel Feind’ – viel Ehr’“. Bürgerliche Parteien im Ersten Weltkrieg

Aus: 1914-2014 – Das Antikriegsheft. Marxistische Blätter, Essen, 3-2014, S. 55-65

Die Göring-Mehrheit im Deutschen Reichstag 1932/33. Eine Demokratie schafft sich ab. Zur Rolle der bürgerlichen Parteien

Beitrag auf der Geschichtspolitischen Konferenz der VVN-BdA e. V. „Lizenz zum Terror. Das Jahr 1933. Vorgeschichte, Geschichte und Geschichtsbild, 28./29. Juni 2013, Humboldt-Universität zu Berlin

http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/1117_elm.htm

Mitte-Rechts-Regierung im September 1949 in Bonn. Schlussstrichpolitik und anti-kommunistische Kontinuität

Aus: Politische Konfrontationslinien in der frühen Bundesrepublik. Alte Feindschaften und neue Demokraten. Zwischen Bizone und EVG. Restauration und Neuanfang im Westen 1947-1952, Konferenzreihe 2012, Teil 3, mit Beiträgen von Stefan Bollinger, Ludwig Elm, Gisela Notz, Ulla Plener und Dominik Rigoll, Berlin 2014, S. 8-21 („Helle Panke“ e. V.: Pankower Vorträge, Heft 186)

